



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Armin Höpfner, Julie Kuschel und Allan Sandham

Inwiefern wurde sich die feministische Kritik am Male-Breadwinner-Model durch den Neoliberalismus angeeignet?

ZÖSS

ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers
ISSN 1868-5005/53
Exemplarische
Master-Arbeiten
Hamburg 2023

**Inwiefern wurde sich die feministische
Kritik am Male-Breadwinner-Model
durch den Neoliberalismus angeeignet?**

Armin Höpfner, Julie Kuschel und
Allan Sandham

ExMA-Papers

ISSN 1868-5005/53

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien

Universität Hamburg

April 2023

Impressum:

Die hier aufgeführten ExMA-Papers (Exemplarische Master-Arbeiten) setzen sich (vornehmlich) aus ausgewählten Lernwerkstatt-, Master-, Bachelor- oder Seminararbeiten von Studierenden des Masterstudiengangs ‚Arbeit, Wirtschaft, Gesellschaft – Ökonomische und Soziologische Studien‘ und des Bachelorstudiengangs Sozialökonomie zusammen, die aufgrund ihrer exemplarischen Interdisziplinarität oder Qualität als Vorbild für andere Arbeiten gelten können und deshalb publikationswürdig sind.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)

Florian.Lampe@uni-hamburg.de

Universität Hamburg

Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Fachbereich Sozialökonomie

Welckerstr. 8

20354 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Feministische Kritik und die Vereinnahmung durch den Neoliberalismus	3
2.1. Feministische Kritik im Wandel der Zeit.....	3
2.2. Feminismus und Neoliberalismus	5
3. Theorie	6
3.1. Der neue Geist des Kapitalismus	7
3.2. Der neue Geist des Kapitalismus als Neoliberalismus.....	10
3.3. Frasers Theorie und Kritik	11
3.4. Thesen	12
4. Methodik: Einzelfallanalysen.....	13
5. Fallbeispiele	15
5.1. Kommodifizierung von Care-Arbeit	15
5.1.1. Gegenstand: Der neue Verteilungsmodus von Care-Arbeit.....	16
5.1.2. Ergebnisse der Case Study	18
5.1.2.1 Professionelle Kinderbetreuung und Altenpflege als kommodifizierte Care-Arbeit?.....	18
5.1.2.2 Die neoliberale Logik der kommodifizierten Care-Arbeit.....	19
5.1.2.3 Kommodifizierte Care-Arbeit als geschlechtergerechte Neuorganisation von Arbeit?.....	21
5.1.3. Theoretische Einordnung/Bewertung.....	22
5.2. Der Diskurs um die Frauenquote: Mehr Diversität und der Durchbruch der “gläsernen Decke”?	25
5.2.1. Gegenstand: Die Frauenquote	25
5.2.2. Ergebnisse der Case Studies.....	27
5.2.3. Theoretische Einordnung	29
5.3. Empowerment als neoliberale Strategie?	32
5.3.1. Gegenstand: Die Women’s Empowerment Principles.....	33
5.3.2. Auswertungsmethode: Qualitative Inhaltsanalyse	33
5.3.3. Ergebnisse der Analyse	35
5.3.4. Diskussion der Ergebnisse und theoretische Einordnung	38
5.3.4.1 Die WEP als neoliberale Projekt.....	39
5.3.4.2 Aneignung feministischer Strategien.....	40

6. Diskussion der Ergebnisse	41
6.1. Bestehende Akkumulationsmuster werden verstärkt	41
6.2. Neue Legitimation für das neoliberale Ungleichheitssystem.....	43
7. Fazit.....	44
Literatur.....	46
Anhang	53

1. Einleitung

Jede Gesellschaftsordnung ist permanent Transformationen unterworfen, die in verschiedener Hinsicht ineinandergreifen und in ihren Wechselwirkungen oftmals schwer zu erklären sind. In der Masse weltweiter wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Entwicklungen finden sich immer wieder Bewegungen, welche gesamtgesellschaftlichen Einfluss ausüben. Betrachtet man die Diskurse und Bewegungen, welche bereits seit Jahrzehnten in beständiger Weise in Erscheinung treten und für wichtige Veränderungen maßgeblich verantwortlich sein dürften, tun sich mit dem Neoliberalismus und dem Feminismus zwei solcher Bewegungen besonders nachhaltig hervor. Bei Betrachtung ihrer Entwicklungen und Zielsetzungen der letzten Jahrzehnte scheinen diese sich dabei sowohl zu widersprechen als auch zu ergänzen.

Unter dem Begriff des Neoliberalismus wird eine spezifische Programmatik der gesellschaftlichen Organisation verstanden, in welcher der freie Markt als ein Instrument der Effizienz gilt (Metcalfe 2017, o.S.). Die Strategien dieser Organisation zeigen sich beispielsweise im Abbau von Marktbeschränkungen und Handelshemmnissen, der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem beständigen Erschließen neuer Märkte (Ptak 2017, 76). Hieraus ergeben sich gesamtgesellschaftliche Effekte, welche seit den 1970er Jahren zunehmend in einem Abbau des Sozialstaates, der zunehmenden Etablierung angebotsorientierter Policymaßnahmen sowie einer effizienzorientierten Sichtweise auf Individuen gemündet haben. Dies geht oftmals zu Lasten von großen – und vor allem marginalisierten – Teilen der Bevölkerung. Unter dem Begriff Feminismus finden sich bereits seit mehr als 100 Jahren Protestformationen zusammen, welche strukturelle Benachteiligungen gegenüber Frauen¹ thematisieren. In dieser pluralistischen Bewegung werden übergreifend Aspekte der Ausgrenzung, der Benachteiligung sowie der mangelnden Integration von Frauen in einem patriarchalen System hervorgebracht. In der häufig in sogenannten Wellen aufgeteilten Bewegung, wurde vor allem in der zweiten Welle seit den 1960er Jahren eine strukturelle Kritik an Gesellschaftsverhältnissen hervorgebracht, deren transformatorisches Potential bis heute nachwirkt.

Stellt man beide Strömungen gegenüber, stellt sich die Frage, ob und inwiefern sie miteinander in Einklang stehen. Innerhalb des Neoliberalismus wird die Etablierung einer marktförmigen Gesellschaft angestrebt, in der individualistisches Konkurrenzdenken ein zentrales Funktionsprinzip darstellt. Die radikalen Ansprüche der zweiten Welle des Feminismus, die beinahe zeitgleich auftraten, wandten sich demgegenüber gegen die bestehende, androzentrische Gesellschaft und forderten eine neue, für alle inklusivere und gerechtere Gesellschaft. Die androzentrische Ordnung spiegelte

¹ Den Begriff *Frau* verstehen wir im Kontext dieser Arbeit als gesellschaftliche Kategorie, die eine soziale Realität produziert. Damit sind demnach Personen gemeint, die aufgrund von Zuschreibungen gesellschaftliche Erfahrungen als Frauen machen – unabhängig von ihrer Identität.

sich für die Feminist:innen der zweiten Welle insbesondere im *Male-Breadwinner-Model* wider, in welchem die geschlechterungleiche Verteilung von Arbeit und Partizipation verankert war. Die angestrebten Gesellschaftsideale beider Bewegungen scheinen sich somit grundsätzlich zu widersprechen – und doch bestehen diese Strömungen seit langer Zeit nicht nur parallel zueinander, sondern es lassen sich sogar inhaltliche Fusionen beobachten: Denn die feministische Kritik am *Male-Breadwinner-Model* wurde innerhalb des neoliberalen Dogmas auf eigentümliche Weise aufgenommen. Es lässt sich eine zunehmende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt feststellen, während sich eine neue Norm, der Doppelverdienerhaushalt, etabliert hat. Auch in der Breite der Gesellschaft werden tradierte Rollenbilder aufgebrochen und Frauen gelten somit zunehmend emanzipiert. Betrachtet man hingegen die ursprüngliche feministische Kritik, scheinen diese Ergebnisse nicht den Kern der Forderungen zu treffen. Es bestehen weiterhin strukturelle geschlechtliche Ungleichheiten, beispielsweise im Zugang zum Arbeitsmarkt. Dennoch scheinen die Integration und Umsetzung feministischer Maßnahmen insoweit befriedigend zu sein, als nur in begrenztem Umfang frühere Forderungen nach einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation wiederbelebt werden. Fragen von systemisch verursachten (Geschlechter-) Ungleichheiten bleiben weitgehend unbesprochen. Es ergibt sich das Bild einer Integration einer ursprünglich *radikalen* Kritik in ein neoliberales Gesellschaftssystem. Passenderweise fragt Nancy Fraser bereits im Jahre 2013 danach, ob die feministische Strömung der zweiten Welle dementsprechend nicht eine „dangerous liason with Neoliberalism“ (Fraser 2013, 224) eingegangen seien.

In dieser Arbeit wird analysiert, *inwiefern sich die feministische Kritik der zweiten Welle am Male-Breadwinner-Model durch den heute vorherrschenden Neoliberalismus angeeignet wurde*. Wir betrachten die Wechselwirkungen des Neoliberalismus und der zweiten Welle des Feminismus, um klarzustellen, dass die gesellschaftliche Tragweite progressiver Bewegungen durch den Neoliberalismus untergraben werden kann. Wir problematisieren diese Tendenzen und zeigen für die feministische Kritik der zweiten Welle auf, wie Forderungen sozialer Bewegungen in kapitalistische – und spezifisch neoliberale – Produktionsregime inkorporiert werden können.

Zentral ist in dieser Arbeit die Durchführung dreier Fallstudien zu einzelnen Forderungen der zweiten feministischen Welle. So werden die Kommodifizierung von Care-Arbeit, die weltweite Einführung der Frauenquote für Führungspositionen, sowie die Betrachtung einer Empowerment-Strategie für Frauen der Vereinten Nationen als Beispiele verwendet. Mutmaßlich handelt es sich dabei um neoliberale Strategien, die progressive Lösungen für das ursprünglich kritisierte *Male-Breadwinner-Model* und dessen Nachwirkungen auf dem Arbeitsmarkt präsentieren. Diese Vermutungen sollen in den Fallanalysen wissenschaftlich geprüft werden. Hierbei bedienen wir uns zweier Theorien: Zum einen nutzen wir die Arbeit der französischen Soziolog:innen Luc Boltanski und Evé Chiapello, um zu erklären, wie Kritik in kapitalistischen Gesellschaften aufgenommen und entschärft wird. Da diese

Theorie jedoch als „gender blind“ kritisiert wird (Fraser 2013, 220), ergänzen wir die Ausführungen um Nancy Frasers Diagnose zum Umgang des Neoliberalismus mit der zweiten Welle des Feminismus.

Dabei gliedert sich die Arbeit wie folgt: In einem einführenden Kapitel wird der Gegenstand, die scheinbare Vereinnahmung von feministischer Kritik durch den Neoliberalismus, dargestellt. Der Fokus dieser Darstellung liegt dabei auf der strukturellen Kritik der zweiten Welle. Im anschließenden Theoriekapitel werden die benannten Zugänge vertieft dargestellt. Nach einer darauffolgenden Beschreibung des methodischen Vorgehens, werden die aufgeführten Fallbeispiele vorgestellt, analysiert und theoretisch fundiert diskutiert. Um eine gemeinsame Beantwortung der Forschungsfrage vorzunehmen, folgt darauf eine abgleichende Diskussion der zuvor erreichten Ergebnisse. In einem abschließenden Fazit wird ein Rückblick auf die Arbeit gegeben.

2. Feministische Kritik und die Vereinnahmung durch den Neoliberalismus

Im folgenden Kapitel wird der Gegenstand dieser Arbeit skizziert. Es folgt zunächst eine Einführung zur feministischen Kritik im Wandel der Zeit und eine vertiefte Darstellung der zweiten feministischen Welle. Daran schließt sich eine kurze Übersicht über neoliberale Entwicklungen an. Dieser Zwischschritt soll es erlauben, die Interdependenzen beider Strömungen darzustellen, um diese im weiteren Verlauf dieser Arbeit analytisch erfassbar zu machen.

2.1. Feministische Kritik im Wandel der Zeit

Im weitesten Sinne lassen sich unter dem Begriff des Feminismus Bewegungen, Kritik und Forderungen vereinen, die auf die Adressierung von Ungleichheiten mit dem Fokus auf Geschlecht auf unterschiedlichen Ebenen abzielen. Es gibt demnach verschiedene Feminismen, die sich beispielsweise anhand einer historisch-geographischen Taxonomie einordnen lassen (Holland-Cunz 2018, o.S.). Daraus ergeben sich die drei Strömungen bzw. Wellen des Feminismus.

Die erste Welle forderte innerhalb Europas zunächst eine grundlegende politisch-rechtliche Gleichstellung von Frauen. Angesichts eines oftmals institutionell abgesicherten Ausschlusses von Frauen aus öffentlichen, politischen sowie rechtlichen Sphären formierten sich im Verlaufe des 18. Jahrhunderts erste organisierte Zusammenschlüsse der Frauenbewegung (von Bargen 2023, o.S.). Im Zuge dieser wurden emanzipatorische Forderungen erhoben, die es Frauen ermöglichen sollten, Selbstbestimmung und Autonomie zu steigern. Ein Fokus lag dabei insbesondere auf der Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Frauen, wobei die gesellschaftliche Stellung gestärkt werden sollte (Holland-Cunz 2018, o.S.). Ein zentrales Anliegen war vor diesem Hintergrund zudem die

Erlangung des Wahlrechts für Frauen, um Teilhabe und “politische Forderungen aus dem sozial weiblichen Lebenszusammenhang” (Holland-Cunz 2018, o.S.) hervorzubringen.

Während sich die erste Welle für die politisch-rechtliche Gleichstellung von Frauen einsetzte, veränderte sich im Verlaufe des 20. Jahrhunderts zunehmend der Gegenstand der Kritik. Angesichts weiterhin bestehender Probleme, wie etwa der Unterrepräsentation von Frauen im Bildungs- und Erwerbsbereich, andauernder Abhängigkeiten gegenüber (Ehe-)Partnern sowie der kulturell dominanten Erwartung an Frauen, familiäre Hausarbeit zu übernehmen, konnte trotz der Errungenschaften des 19. Jahrhunderts offensichtlich nicht von einer umfassenden Gleichstellung gesprochen werden (Hertrampf 2023, o.S.). Bereits nach Kriegsende wurden innerhalb der Öffentlichkeit kritische Werke, wie etwa Simone de Beauvoirs “Das andere Geschlecht”, breit rezipiert und stellten ein Bewusstsein für solche Ungleichheiten her (Holland-Cunz 2018, o.S.). In der Folge wurde nicht länger die reine Integration von Frauen in eine nach wie vor patriarchale Struktur angestrebt. Viel eher wurden geschlechterbasierte Ungleichheiten als in der Tiefe der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verankert entlarvt, sodass sich auch innerhalb der Studierendenbewegung der 1960er Jahre organisierte Proteste zusammenfanden.

Es entstand eine umfängliche und integrierte Kritik, welche strukturelle Ungleichheiten durch das Zusammenspiel von politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Faktoren beleuchtete. So fasst Fraser zusammen:

„The result was no mere laundry list of single issues. On the contrary, what connected the plethora of newly discovered injustices was the notion that women’s subordination was systemic, grounded in the deep structures of society. [...] Most second-wave feminists (with the notable exception of liberal-feminists) concurred that overcoming women’s subordination required radical transformation of the deep structures of the social totality” (2013, 215).

Viele feministische Forderungen richteten sich nicht länger an eine institutionelle Integration, sondern argumentierten viel eher für eine Transformation tradierter Lebensformen. Durch das Zurückführen vieler Problematiken auf kapitalistische Produktionsverhältnisse gingen diese Ansprüche oftmals in Richtung einer konzeptionellen Anpassung und Umdeutung. So sollte die meist männlich ausgetragene Erwerbsarbeit gegenüber der meist weiblich ausgeführten Reproduktions- und Sorgearbeit nicht länger als höherwertig betrachtet werden. Gleichzeitig wurden asymmetrische wirtschaftliche Abhängigkeiten als strukturell wahrgenommen und kritisiert. Aus letzterem Aspekt entstand die Kritik der zweiten feministischen Welle am *Male-Breadwinner-Model* (dt. Ernährer-Hausfrau-Modell). Diese Kritik thematisierte zentrale Aspekte, welche im damaligen Diskurs als problembehaftet identifiziert wurden. Zum einen sorgte eine androzentrische Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Fokussierung auf akkumulationsfördernde Erwerbsarbeit dafür, dass Reproduktionsarbeit praktisch keiner Valorisierung unterlag (Fraser 2013, 101). Zudem ergab sich finanziell für Frauen eine beständige

Abhängigkeit, während kulturelle Faktoren dafür sorgten, dass die respektive Arbeitsteilung unhinterfragt blieb und so faktisch kaum mit Anerkennung ausgestattet wurde. Gleichzeitig seien kapitalistische Produktionsverhältnisse laut Fraser politisch erzeugt und würden diese Geschlechterverhältnisse in der Folge beständig reproduzieren. Der Diskurs illustriert die systemische Kritik, welche die zweite Welle des Feminismus hervorgebracht hat.

Der Feminismus der dritten Welle entstand in den 1990er Jahren und zeichnete sich durch eine Konzentration auf Inklusivität und Intersektionalität (siehe dazu Crenshaw 1991) aus. Feminist:innen der dritten Welle lehnten die Vorstellung ab, dass es eine einheitliche Erfahrung des Fraus gibt und erkannten stattdessen an, dass Frauen aufgrund unterschiedlicher Klasse, *race* sowie Sexualität vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Herausforderungen und Gefahren stehen. Identitäten abseits des binären Geschlechterkonzepts fanden hier erstmals systematische Berücksichtigung. Hierbei kritisierte die Strömung auch frühere Wellen, da diesen Themen damals zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So geht es dem Feminismus der dritten Welle darum, Vielfalt und Mehrfachdiskriminierung anzuerkennen und sich für mehr Inklusion und Emanzipation aller weiblich gelesenen Personen einzusetzen (Holland-Cunz 2018, o.S.). Damit wird gegenüber früheren Strömungen ein deutlich konstruktivistischer Ansatz vertreten.

Feminismen haben in den letzten 200 Jahren somit unzählige gesellschaftliche, wirtschaftliche sowie politische Prozesse angestoßen und entwickeln sich ständig weiter. Das Ende der Verbreitung des *Male-Breadwinner-Modells* und die Etablierung des Doppelverdienerhaushalts sind ein Beispiel für einen solchen Prozess. Jedoch sind die Entwicklungen nicht "eindeutig, linear und global in Richtung mehr Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, sondern in einem Spektrum zwischen emanzipatorischen, neoliberalen und (neo-)konservativen Werten" (Wichterich 2017, 159) zu verorten.

2.2. Feminismus und Neoliberalismus

Im Kontext dieser Arbeit wird Neoliberalismus nach Ralf Ptak als ein Projekt politischer Praxis verstanden, dass seit den 1990er Jahren "zum dominierenden Referenzpunkt der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik im globalen Maßstab" (2017, 67-68) wurde. Dabei hebt Ptak den transformatorischen, sich selbst dynamisierenden Charakter hervor, dessen angestrebtes Ziel eine vollkommene Marktgesellschaft ist. Ptak identifiziert dabei fünf zentrale Strategien:

"[Den] Abbau von Schutzrechten und Marktbeschränkungen (Deregulierung), von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen (Freihandel), die Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge (Privatisierung), die Schaffung immer neuer Märkte (Liberalisierung) und die erzwungene Anpassung der Individuen an den Marktmechanismus (Flexibilisierung)." (2017, 76)

Sind diese Strategien in unterschiedlichen Bereichen einmal etabliert, sind sie nur schwer rückgängig zu machen, wodurch die spezifische neoliberale Dynamik entsteht.

Unter diesen Bedingungen des gesellschaftspolitisch dominierenden Transformationsprozess des Neoliberalismus hat sich der Feminismus in den letzten Jahrzehnten entwickelt. Trotz der bedeutenden Beiträge der zweiten Welle zur Formulierung einer integrierten und strukturellen Kritik der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hat sich heute ein liberaler Feminismus durchgesetzt. Dieser betont individuelle Rechte und Chancengleichheit unter der Maxime der Gleichstellung der Geschlechter. Dies lässt sich beispielsweise an der Verbreitung liberal-feministischer Programmatiken in internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, beobachten (siehe dazu Kapitel 5.3). Zwar muss analytisch zwischen Positionen von (staatlichen) Institutionen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen unterschieden werden, jedoch prägen erstere machtpolitisch zweifelsohne das gesellschaftliche Verständnis sowie die Umsetzung feministischer Ideen. Dies hat die inhaltlichen Debatten, Forderungen sowie die erreichten Erfolge der feministischen Bewegungen seit den 90er Jahren naheliegenderweise beeinflusst. Insbesondere die benannten Forderungen der zweiten feministischen Welle sowie deren Umsetzung und Weiterentwicklung wurden entscheidend durch die neoliberale Transformation geprägt.

Vor dem dargestellten Hintergrund der strukturellen Kritik der zweiten feministischen Welle erscheint die politische Dominanz von Positionen des liberalen Feminismus sowie die Etablierung des sogenannten Doppelverdienerhaushalts erklärungsbedürftig. Im Folgenden werden theoretische Ausarbeitungen skizziert, welche ein tieferes Verständnis dieses Wandels ermöglichen sollen.

3. Theorie

Im Folgenden werden die theoretischen Perspektiven vorgestellt, in die das Projekt eingebettet ist. Zentral für die Fragestellung nach der Aneignung von Kritik ist das Werk *Der neue Geist des Kapitalismus* (1999) von Luc Boltanski und Éve Chiapello. Bei dieser Theorie handelt es sich zwar um eine primär soziologische Perspektive, diese ist jedoch auch für eine wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung höchst relevant: Einerseits, da die Theoriebildung auf der empirischen Grundlage von Managementliteratur und damit Leitfäden wirtschaftlicher Praxis entstand. Andererseits stehen Boltanski und Chiapello nicht nur in der Tradition einer pragmatistischen Soziologie, sondern verbinden den handlungstheoretischen Ansatz mit der strukturellen Perspektive Kritischer Theorie – stehen also auch in der Denktradition des Sozialökonomen Karl Marx. In der *Marxistischen Politischen Ökonomie* wird der Ansatz vertreten, dass eine getrennte Analyse von wirtschaftlichen Gegenständen und ihren sozialen Bedingungen nicht als sinnvoll zu erachten ist (Dimmelmeier et al. 2016). Der konkrete Bezug zwischen dem *neuen Geist* und dem Neoliberalismus wird im Anschluss an die erste

Theorievorstellung mit Ralf Ptaks *Grundlagen des Neoliberalismus* (2017) gezogen. Ergänzt wird die theoretische Rahmung abschließend durch die spezifische Perspektive auf feministische Kritik und ihre Umsetzungen und Vereinnahmung im Neoliberalismus von Nancy Fraser in *Fortunes of Feminism* (2013). Schlussendlich werden aus dieser Rahmung die Thesen der Arbeit theoretisch abgeleitet.

3.1. Der neue Geist des Kapitalismus

Das 1999 von Luc Boltanski und Eve Chiapello vorgelegte Werk *Der neue Geist des Kapitalismus* untersucht die Mechanismen, mit welchen sich der moderne Kapitalismus Kritik einverleibt und entschärft. Die Autor:innen legen in Anlehnung an Max Webers Untersuchung über *Die protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus* eine Theorie dar, welche zwischen pragmatistischen und strukturalistischen Konzeptionen vermittelt und so das von ihnen dargestellte Problem zu fassen sucht. Durch die Analyse von Managementliteratur versuchen Boltanski und Chiapello die ideologischen Grundlagen der zeitgenössischen kapitalistischen Produktionsweise aufzudecken, ihre Dynamik historisch einzuordnen und die praktischen Hintergründe aufzuzeigen, durch welche ihr immer neue Legitimität zukommt. Sie leisten mit ihrer Theorie eine oft rezipierte Erklärung für die ständige Reproduktion eines sich stets an neue Zeitgeister anpassenden Kapitalismus.

Dabei verstehen Boltanski und Chiapello Kapitalismus als ein widerstandsfähiges System, welches normativ zunächst weitestgehend unbestimmt ist (Boltanski und Chiapello 1999, 68). Es zeichnet sich dadurch aus, dass Kapital in einem “amoralischen Prozess unbeschränkter Anhäufung” (Boltanski und Chiapello 2001, 462) akkumuliert wird. Die Akkumulationsmuster selbst sind dabei variabel und hängen sowohl mit Formen der Arbeitsorganisation als auch mit Gewinnerzielungsnormen zusammen. Die Theorie fragt nun danach, wie es gelingt, dass Arbeiter:innen abseits dieser kapitalistischen Organisation einen tieferen Sinn in ihren Handlungen finden und so ein Engagement im Sinne des Kapitalismus rechtfertigen (Boltanski und Chiapello 2001, 462). Denn auffallend ist laut den Autor:innen die Tatsache, dass jedem kapitalistischen Produktionsstadium zwar durchaus subversive Bewegungen gegenüberstanden, diese allerdings ausnahmslos entweder mit fortschreitender Zeit verstummten oder sich mit minimalen Zugeständnissen zufrieden gaben. Dem Kapitalismus wäre folglich eine Dynamik inhärent, welche externen Problemstellungen adaptiv begegnet, ohne sich selbst gefährden zu müssen.

Dieser Anpassungsfähigkeit liegt eine strukturell gegebene *Rechtfertigungsordnung* zugrunde, die bestimmt, was an der kapitalistischen Produktionsweise als legitim bzw. illegitim angesehen wird. Die Ordnung behandelt im Allgemeinen Fragen nach der Rechtfertigung der Akkumulationsmuster, der Formen der Arbeitsorganisation sowie der Vorstellung davon, welche Verdienste erbracht werden sollten, um eine Honorierung oder Sanktion als gerecht betrachten zu können

(Boltanski und Chiapello 2001, 464). Das Konzept der Rechtfertigungsordnung selbst ist überhistorisch, sie liegt dem Kapitalismus jederzeit zugrunde und bietet aufgrund ihrer Normativität selbst erst den Raum für Kritik. Jedoch kommen zeitgenössische und moralische Formen der Ordnung in zeitlich spezifischen Cités zur Geltung. Dabei In solchen Cités zeigt sich eine unterschiedliche Art von Gerechtigkeitsvorstellungen hinsichtlich dessen, “wie die Akteure im Rahmen konfrontativer Auseinandersetzungen vorgehen, sobald sie mit der Forderung nach Rechtfertigung konfrontiert werden” (Boltanski und Chiapello 2001, 465). Zugleich gibt es nicht nur eine Cité, sondern ein Bündel an unterschiedlichen Bezugspunkten, die unterschiedlich dominant erscheinen und zeitlichen Veränderungen unterliegen. Mit dem Fokus auf die Cités liegt der Betrachtungspunkt an dieser Stelle bei den Umgangsformen von Akteur:innen hinsichtlich der Äußerung von Kapitalismuskritik.

Solche Kritik lässt sich dann äußern, wenn sie “eine Diskrepanz zwischen einem wünschenswerten und einem tatsächlichen Stand der Dinge” (Boltanski und Chiapello 1999, 68) benennt, also eine Unvereinbarkeit gegenwärtiger Zustände mit der geltenden Rechtfertigungsordnung. Allerdings stellt sich an dieser Stelle die Frage danach, welche Zustände genau mit dem genannten “Stand der Dinge” gemeint sind. Hier führen die Autor:innen eine zentrale Komponente ihrer Theorie an: die *Bewährungsprobe*. Diese Ebene der Theorie bietet einen praxistheoretischen Zugang, welcher den pragmatistischen Ansatz der Autor:innen mit ihren strukturalistischen Auffassungen in Verbindung bringt. Die *Bewährungsprobe* beschreibt Mechanismen der sozialen Auslese, also der Selektion und Regelung hinsichtlich des Zugangs von Personen zu gesellschaftlichen Positionen (Boltanski und Chiapello 1999, 74). Sie sind sowohl für Interaktionen als auch strukturell, beispielsweise hinsichtlich gesellschaftlicher Stratifikationsmuster, relevant. Dabei können *Bewährungsproben* als machtvoll, basierend auf der Stärke zweier Parteien (die sogenannte *Kraftprobe*) oder als legitim erachtet werden. Die Beurteilung der Legitimität einer *Bewährungsprobe* speist sich dabei aus der geltenden Rechtfertigungsordnung selbst. So folgt hieraus eine Beurteilung der Wertigkeit von Personen zueinander, welche dann hinlänglich akzeptiert werden kann. Ein Beispiel für eine legitime *Bewährungsprobe* auf der Handlungsebene wäre ein Bewerbungsgespräch, bei dem die Hierarchie zwischen Bewerber:in und Arbeitgeber:in deutlich und breit akzeptiert ist. Sobald eine *Bewährungsprobe* “Anspruch auf Legitimität erhebt, setzt sie sich der Kritik aus, die die Ungerechtigkeiten infolge versteckt wirkender Kräfte aufdeckt” (Boltanski und Chiapello 1999, 74).

Kritik selbst kann in verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Stärken geäußert werden. So gibt es einerseits eine *korrektive Kritik*. Diese “deckt auf, was bei den in Frage gestellten *Bewährungsproben* gegen Gerechtigkeitsprinzipien verstößt“ (Boltanski und Chiapello 1999, 75). Bei Äußerung solcher Kritik besteht das hauptsächliche Ziel darin, die Gerechtigkeitsprinzipien hinter der *Bewährungsprobe* anzupassen, damit diese wieder als legitim erachtet werden kann (das sogenannte *Straffen*). Andererseits gibt es auch *radikale Kritik*. Diese Kritikform ist umfassenderer Art.

Sie spricht einer *Bewährungsprobe* per se die Existenzberechtigung ab, da die Selektionsmechanismen, nach welchen sie vorgeht, nicht als legitim erachtet werden können. Allerdings muss es sich hierbei nicht zwangsläufig um eine Kraftprobe handeln. Auch (noch) legitime *Bewährungsproben* können *radikal* kritisiert werden. Die Autor:innen selbst verstehen diese Unterscheidung so:

“Im ersten Fall nimmt die Kritik also die Kriterien ernst, denen die Bewährungsprobe eigentlich entsprechen sollte. Sie will damit zeigen, dass sie in Wahrheit in einer Reihe von Punkten von ihrer Definition bzw. – wenn man so will – von ihrem Konzept abweicht. [...] Im zweiten Fall wird die Gültigkeit der Bewährungsprobe selbst bestritten, also das, was im Grunde ihre Existenz bedingt” (Boltanski und Chiapello 1999, 75).

So stellt sich nun die Frage danach, was unter der Entschärfung und Einverleibung von Kritik durch den Kapitalismus zu verstehen ist. Diesem Phänomen liegt eine zwar unteleologische, jedoch systematische Reorganisation von Wertesystemen durch den Kapitalismus zugrunde, welche “zumindest für eine bestimmte Zeit kritische Aktivitäten entwaffnen” (Boltanski und Chiapello 2001, 468). Dies gelingt durch die Aufnahme von *korrektiver* Kritik sowie der selektiven Aufnahme von Komponenten *radikaler* Kritik. Letztere muss im Ergebnis so umgemünzt werden, dass sie zwar durchaus Veränderungen in den Mustern der Arbeitsorganisation haben kann, die Akkumulationslogik selbst aber nicht angepasst werden muss. So wurden Forderungen der Arbeiter:innenbewegung der 1960er Jahre nach Authentizität und Autonomie beispielsweise so inkorporiert, dass Arbeiter:innen nun weniger direkter Kontrolle unterliegen und Arbeitgeber:innenwechsel häufiger wurden. In der Konsequenz wurden allerdings Gewerkschaften durch zunehmende Fragmentierung und Differenzierung von Arbeitsverhältnissen geschwächt (Boltanski und Chiapello 2001, 469). Die Systematik hinter diesem Beispiel lässt sich im Allgemeinen so fassen, dass *radikal* konnotierte Kritik im Kapitalismus als *korrektive* Kritik umgedeutet wird, um anschließend vermeintliche Zugeständnisse gegenüber den kritischen Forderungen zu präsentieren. So wird die Rechtfertigungsordnung beständig angepasst, bis sie sich verfestigt und eine neue normative *Cité* hervorbringt, auf dessen Basis *Bewährungsproben* erneut als legitim verstanden werden können. Die Anpassung der Strukturen und der Rechtfertigungsordnung bringt eine Lähmung der Kritiken mit sich, ohne dass zentrale Forderungen wirklich umgesetzt worden wären (Boltanski und Chiapello 1999, 70).

Für heute diagnostizieren Boltanski und Chiapello nun den neuen Geist des Kapitalismus als eine Rechtfertigungsordnung, in der die *Cité par projects* dominiert. Diese zeichnet sich durch eine Konzentration auf Kreativität, Unternehmertum und individuelle Autonomie sowie durch eine projektbasierte Arbeitsorganisation aus. Diese soll es den Arbeiter:innen ermöglichen, sich stets neu zu beweisen und eine hohe Mobilität sowie Fähigkeiten zur Netzwerkbildung an den Tag zu legen (Boltanski und Chiapello 2001, 464). Sie argumentieren, dass diese neue Organisationsform, die durch den Bezug auf die *Cité par projects* entsteht, darauf abzielt, auf die Kapitalismuskritik der 60er und 70er Jahre zu reagieren und den Widerstand gegen das herrschende wirtschaftliche und politische

System zu neutralisieren. Der neue Geist des Kapitalismus ist zudem nach wie vor in der Lage, Elemente kritischer Bewegungen bis heute zu absorbieren und sie in einer Weise umzuformen, die mit der herrschenden Organisationsstruktur vereinbar ist. Dies ermöglicht die Reproduktion des Kapitalismus und fundiert das Potenzial, kritische Oppositionen zu neutralisieren.

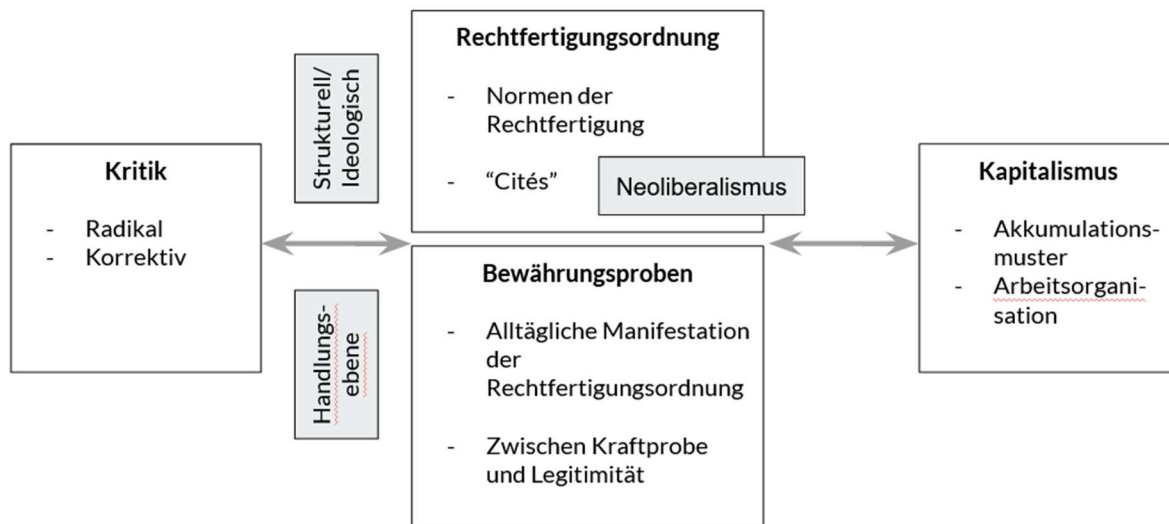


Abbildung 1: Verbildlichung der Theorie nach Boltanski & Chiapello. (Quelle: eigene Darstellung)

3.2. Der neue Geist des Kapitalismus als Neoliberalismus

Bei einer Betrachtung der Elemente dieser heute dominierenden Cité par projects lässt sich eine Parallele zur neoliberalen Programmatik ziehen. Auch Nancy Fraser erkennt diesen Zusammenhang und beschreibt die Zeitdiagnose von Boltanski und Chiapello im Zusammenhang mit den veränderten sozialen Normen und Organisationsformen im Neoliberalismus (2013, 210). Tatsächlich fasst die Cité par projects eine größere gesellschaftliche Veränderung, die von Autor:innen insbesondere durch die neue Netzwerklogik beschrieben wird (Boltanski und Chiapello 2001, 464). Diese beinhaltet einen Fokus auf das Individuum und dessen Verbindungen in Netzwerke, die Relevanz von Flexibilität und Mobilität für die projektbasierte Arbeitsorganisation sowie das Primat des Netzwerks als vorherrschende, dezentrale Organisationsstruktur. Die projektbasierte Polis nach Boltanski und Chiapello enthält mit ihrem Netzwerkfokus auch weniger explizite neoliberale Elemente, ist jedoch stark durch das neoliberale Projekt geformt. Damit verorten wir den Neoliberalismus als einen Teil der Cité par projects.

Um den Neoliberalismus innerhalb der theoretischen Rahmung dieser Arbeit zugänglich zu machen, ergänzen wir die Cité par projects nach Boltanski und Chiapello mit Theorieaspekten von Ptaks Neoliberalismusverständnis. Als zentrale neoliberale Vergesellschaftungsmodi (alternativ zum Netzwerk bei Boltanski und Chiapello) identifizieren wir nach Ptak den Individualismus sowie den Markt (2017, 21-25). Ersteres beschreibt das vorherrschende Menschenbild mit dem Fokus auf das

Individuum im Kontrast zu einem kollektiven Verständnis. Der einzelne Mensch wird dabei als zentraler Akteur im gesellschaftlichen Gefüge betrachtet und seine Ziele, Einstellungen und Verhalten lenken auch die gemeinsamen Handlungen als Gruppe (Ptak 2017, 53). Der freie Markt als zentrales Element im neoliberalen Ideal eines Wirtschaftssystems ist durch seine Wettbewerbslogik und den Konkurrenzgedanken geprägt und beschreibt die primäre Form aktueller Verteilungsorganisation. Durch ihn können Individuen an der Wirtschaft teilnehmen, aber auch Kapital akkumulieren. Dem Staat kommt im Neoliberalismus die Rolle der Marktstabilisierung zu (Ptak 2017, 33). Ptak bestimmt fünf Strategien neoliberaler Programmatik: Deregulierung, Freihandel, Privatisierung, Liberalisierung und Flexibilisierung (siehe Kapitel 2.2.) sowie die Vergesellschaftungsmodi Individualismus und Markt/Wettbewerb verwenden wir in der folgenden Arbeit als zentrale Kriterien für die Identifikation neoliberaler Tendenzen.

3.3. Frasers Theorie und Kritik

Die von Boltanski und Chiapello gebildeten Kategorien der Künstler- und Sozialkritik zur inhaltlichen Erfassung von Kritik wurden induktiv entwickelt. Dabei wurden feministische Bewegungen jedoch nicht berücksichtigt. Um die ‘gender-blindness’, die sich daraus ergibt, zu beheben, nutzen wir Nancy Frasers Monographie *Fortunes of Feminism* (2013) zur theoretischen Ergänzung. Dieses Werk befasst sich eingehend mit dem Feminismus der zweiten Welle und seiner Vereinnahmung durch den Neoliberalismus. Von zentraler Bedeutung ist ihre Analyse der feministischen Kritik und Theorie der zweiten Welle. Als zentralen Bezugs- und Kritikpunkt bestimmt sie den *state-organised capitalism*, den die feministische Theorie hinsichtlich vier Merkmalen kritisierte (Fraser 2013, 214): Neben einer Kritik an einem westphälischem Staatsverständnis, das den Nationalstaat als einzige Einheit für die Verhandlung und Lösung von Gerechtigkeitsfragen begreift und einem hierarchischen Ektatismus, in welchem der Zentralstaat alle gesellschaftlichen Probleme in Top-Down Prozessen lösen kann, sieht Fraser besonders zwei bedeutende und originäre Kritikpunkte: Erstens das strukturell androzentrische Gesellschafts-, Politik- und Wirtschaftssystem, in welchem die Geschlechterungerechtigkeit durch wohlfahrtstaatliche Arrangements, geschlechtliche Rollenbilder, die Institution Ehe und weitere Unterdrückungsmechanismen wechselseitig erhalten und stabilisiert wurde. Zweitens kritisierten die Feminist:innen der zweiten Welle das ausschließlich ökonomische und klassenorientierte Verständnis von Ungleichheit, womit sie sowohl den marxistischen Fokus auf die Politische Ökonomie als auch die liberale Überhöhung politischer Rechte und Freiheiten zurückwiesen (Fraser 2013, 214). Neben einer Politisierung des vermeintlich ‘Privaten’ wurde im Rahmen der zweiten Frauenbewegung eine Debatte um Diskriminierung und Unterdrückung initiiert (CRC 1982), die ein rein ökonomisches Gerechtigkeitsverständnis mit einem „broader, three-dimensional understanding encompassing economy, culture, and politics“ (Fraser 2013, 215) ersetzte.

Aus der ganzheitlichen und systemischen Kritik der zweiten Welle resultierten vielfältige feministische Forderungen, die sich laut Fraser inhaltlich mit drei Kategorien fassen lassen (Fraser 2013, 215). In der kulturellen Sphäre wurde mehr Anerkennung für die Bedürfnisse, Leistungen und die systematische Unterdrückung von Frauen eingefordert (*recognition*). Bezüglich des ungleichen Zugangs zum politischen System verlangten Feminist:innen verbindliche Regeln für eine bessere Repräsentation von Frauen in allen Bereichen der Öffentlichkeit, insbesondere in Entscheidungspositionen, da nur sie selbst eine inhaltliche Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse sicherstellen können (*representation*). Zuletzt, aber nicht minder wichtig, erwarteten Feminist:innen grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich, welche sich besonders auf die Umverteilung von reproduktiver und produktiver Arbeit sowie Ressourcen bezogen (*redistribution*). Die enge Verknüpfung von Geschlecht und Arbeit, die sich in der männlich verrichteten Lohnarbeit und der weiblich konnotierten, unbezahlten Care-Arbeit niederschlägt, sollte überwunden werden und damit auch die Verteilung von Produktionsmitteln und Reichtum.

Jedoch konstatiert Fraser, dass es im weiteren Zeitverlauf zu einer Vereinnahmung der feministischen Kritik durch den Neoliberalismus gekommen ist, die sie als „dangerous liason“ (Fraser 2013, 224) charakterisiert. Die ursprünglich ganzheitliche und systemische Kritik, bestehend aus *recognition*, *representation* und *redistribution*, wurde aufgespalten und führte zu einer Überbetonung der kulturellen Kritik (*recognition*). Fraser liefert keine eingehende Analyse der Gründe und Dynamiken, welche für diese „Liason“ ursächlich sind, deutet jedoch an, dass einerseits die Machtressourcen für eine Durchsetzung von Forderungen aus dem Bereich der *redistribution* fehlten. Andererseits teilen Feminismus und Neoliberalismus eine Ablehnung traditioneller Autoritäten, die zwar aus unterschiedlichen Motiven erfolgte, inhaltlich jedoch häufig kompatibel sind (Fraser 2013, 224).

Jedoch ist kritisch anzumerken, dass sich Frasers Diagnose von der „dangerous liason“ hauptsächlich auf den liberalen Feminismus bezieht, welcher zwar im westlichen Kulturraum und auf der Ebene internationaler Organisationen äußerst einflussreich ist. Jedoch berücksichtigt diese Diagnose nicht die komplette Bandbreite aller existierenden Feminismen, insbesondere außerhalb einer eurozentrischen Perspektive (Cornwall 2018).

3.4. Thesen

Die vorliegende Studie geht der Frage nach, inwiefern sich feministische Kritik der zweiten Welle durch den Neoliberalismus angeeignet wurde. Zur Untersuchung der Fragestellung betrachten wir eine zentrale *Bewährungsprobe* in unserer Gesellschaft: den Arbeitsmarktzugang. Dort hat sich seit der *radikalen* Kritik der zweiten Feminismuswelle in den letzten 50 Jahren viel für Frauen hinsichtlich einer Gleichstellung der Geschlechter verändert; das *Male-Breadwinner-Model* ist nicht länger zentraler Bezugspunkt der Arbeitsorganisation. Jedoch erscheinen die durchgesetzten Maßnahmen

und Praktiken weniger systemkritisch ausgeprägt zu sein, als sie damals formuliert wurden. Des Weiteren fügen sich viele feministisch gerahmte Forderungen und Strategien auf den ersten Blick nahtlos in die heutigen, neoliberalen Akkumulationsmuster ein. Basierend auf den vorgestellten Theorien haben wir zwei Thesen formuliert, die im weiteren Verlauf kritisch betrachtet werden sollen.

1. Es werden nur Kritikpunkte aufgenommen, die die bestehenden Akkumulationsmuster verstärken oder nicht gefährden.
2. Die neoliberale Ungleichheitsideologie erfährt durch partielle Aufnahme feministischer Kritik neue Legitimation.

Zunächst soll allerdings die gewählte Methodik der Einzelfallanalysen beschrieben werden.

4. Methodik: Einzelfallanalysen

Als methodischer Rahmen für die Untersuchung werden *Case Studies* (dt. *Einzelfallanalysen*) durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein Vorgehen, das auf ein umfassendes Verständnis und die detaillierte Beschreibung eines Falls abzielt. Ein 'Fall' kann dabei unterschiedliche Gegenstände beschreiben: Einzelpersonen und verschiedene soziale Zusammenhänge wie Gruppen oder Netzwerke sowie Prozesse, Situationen und Phänomene (Hering und Schmidt 2014, 529). Die Abgrenzung des Falls von der Umwelt ist dabei zunächst heuristisch und kann im Forschungsprozess durch ein zunehmend besseres Verständnis des Gegenstands immer weiter konkretisiert werden. Dadurch wird deutlich, dass ein Fall keine natürliche Erscheinung ist, sondern von den Forschenden als solcher konstruiert wird (Hering und Schmidt 2014, 529). Die Einzelfallanalyse ist nicht mit einem speziellen Erhebungs- oder Auswertungsverfahren verbunden, sondern richtet sich basierend auf dem methodischen Vorgehen nach dem konkreten Erkenntnisinteresse und kann demnach sowohl iterativ, als auch linear erfolgen. Damit ist die Methode flexibel auf unterschiedliche Gegenstände anwendbar und wird im quantitativen wie auch qualitativen Methodenparadigma verwendet (Hering und Schmidt 2014, 533-534).

Die Auswahl der Fälle erfolgt bei den Case Studies bewusst und kann dabei unterschiedlichen Kriterien folgen. Als primärer Orientierungspunkt dient das Erkenntnisinteresse der Forschung, das explizit formuliert werden sollte (Hering und Schmidt 2014, 531). Des Weiteren werden häufig mehrere Fälle gewählt, um diese für zusätzliche Erkenntnisse vergleichen zu können. Dieser Vergleich sollte dann bereits zu Beginn der Analyse angestrebt und für eine interne Koordination, beispielsweise durch Kategorien, angelegt werden (Hering und Schmidt 2014, 534). Bei mehreren Fallanalysen innerhalb einer Untersuchung müssen zudem die einzelnen Fragestellungen auf das gemeinsame Forschungsinteresse abzielen. In Hinblick auf fallspezifische Auswahlkriterien trennen Hering und Schmidt (2014, 530-531) zwischen den per se interessanten Fällen, Fällen mit Bezug zu bestehenden

Theorien und der Auswahl in Bezug auf andere Fälle (maximale Ähnlichkeit vs. maximale Unterschiedlichkeit). Aufgrund des Umfangs dieser Arbeit wird im Folgenden nur auf die Fallauswahl mit Bezug zu bestehenden Theorien eingegangen. Dabei gibt es drei verschiedene Ansätze, wie die Fälle in Beziehung zur Theorie gesetzt werden können:

“Hierbei ist der Gegenstand für einen theoretischen Diskurs von Interesse, entweder weil er diesem einen neuen Aspekt hinzufügt, bestehende Vorstellungen in Frage stellt oder ein besonders typisches Beispiel für diesen ist.” (Hering und Schmidt 2014, 530)

Die Fallauswahl bezieht sich hier demnach entweder auf das Ziel der Erweiterung, der Verifikation oder der Infragestellung von bestehenden Theorien. Die an die Analyse anschließende Interpretation des Einzelfalls erfolgt dann in Hinblick auf die verwendete Theorie und, bei mehreren Fällen, auch in Abhängigkeit zur übergeordneten Forschungsfrage (Hering und Schmidt 2014, 536). Wird eine Verallgemeinerung der Ergebnisse angestrebt, so sollte der Fallvergleich sowie das Vorgehen der Fallauswahl dafür als zentrale Begründung dienen (Hering und Schmidt 2014, 537).

In der vorliegenden Studie ist das Erkenntnisinteresse als Frage danach formuliert, inwiefern sich feministische Kritik der zweiten Welle durch den Neoliberalismus angeeignet wurde. Als theoretische Grundlage dient dabei die Theorie der Kritik im Kapitalismus von Boltanski und Chiapello (1999), der jedoch von Fraser (2013) vorgeworfen wird, in ihren induktiv gebildeten Kritik-Kategorien feministische Forderungen vernachlässigt zu haben (siehe Kapitel 3.3.) Die Fallauswahl erfolgte daher bewusst mit dem Interesse der Erweiterung der Kritiktheorie von Boltanski und Chiapello im Hinblick auf feministische Kritiken.

Die Auswahl orientiert sich dabei erstens an dem Kriterium, das eine feministische Kritik zur Erneuerung sozialer Praktiken – im Sinne der Wirkung von Kritik nach Boltanski und Chiapello – führt. Die Kritik, welche die drei Fälle vereint, spitzt sich im ungleichen Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt zu. Zweitens müssen die Phänomene zugleich in einen neoliberalen Wandel der Gesellschaft einzuordnen sein. Als Fälle haben wir folgende drei Phänomene gewählt:

1. Die Kommodifizierung von Care-Arbeit als neoliberales Programm
2. Die Frauenquote als Strategie für mehr Diversität und den Durchbruch der “gläsernen Decke”
3. Empowerment als neoliberale Strategie

Da die Studie einen Vergleich der drei Fälle anstrebt, bilden theoriegeleitete Kategorien den Bezugspunkt der einzelnen Fallanalysen, um eine Vergleichbarkeit herzustellen. Aus der theoretischen Perspektive von Boltanski und Chiapello (1999) verwenden wir die Konzepte der *radikalen* und *korrekativen Kritik* sowie die *Straffung von Bewährungsproben*. Für einen konkreten Bezug zum Neoliberalismus

lismus verwenden wir die von Ptak (2017) formulierten neoliberalen Strategien *Deregulierung, Liberalisierung, Flexibilisierung, Privatisierung* und *Freihandel*. Des Weiteren nutzen wir in Anlehnung an Ptak die Konzepte *Individualisierung* und *Wettbewerb/Markt* als weitere Analysekategorien. Von Fraser (2013) übernehmen wir die spezifisch auf feministische Strategien gerichteten Kategorien der *recognition, representation* und *redistribution*. Die konkreten methodischen Vorgehensweisen innerhalb der einzelnen Fallanalysen werden in den jeweiligen Kapiteln vorgestellt.

5. Fallbeispiele

Die drei Fallbeispiele behandeln unterschiedliche Themen, woraus sich verschiedene Vorgehensweisen und methodische Ansätze ergeben. Der Aufbau der Ausarbeitungen folgt jedoch in allen Fällen dem Schema: (1) Gegenstand, (2) Analyse/Ergebnisse und (3) theoretischer Einordnung. Dabei wird innerhalb jeder der Case Studies auf die eigene Fragestellung sowie die aufgestellten Thesen der gemeinsamen Arbeit eingegangen. In der abschließenden Diskussion in Kapitel 6 sollen die Ergebnisse anschließend zusammengeführt und vergleichend diskutiert werden.

5.1. Kommodifizierung von Care-Arbeit

Im Rahmen der zweiten feministischen Welle und ihrer Kritik am *Male-Breadwinner-Modell* nahm die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit einen zentralen Stellenwert ein. Die selbstverständliche Privatisierung dieser gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die ohne entsprechende Bezahlung und Anerkennung durch die Hausfrau verrichtet wurde, sah die feministische Bewegung als ursächlich für die ökonomische Abhängigkeit der Frau an. Denn die patriarchal bestimmte Arbeitsverteilung innerhalb des vorherrschenden Familienmodells verhinderte strukturell die weibliche Erwerbstätigkeit. Zudem manifestierte sich im *Male-Breadwinner-Model* die strukturelle Nachrangigkeit von Care-Arbeit gegenüber Lohnarbeit.

Seit den 70er-Jahren ist mit dem Ausbau der professionalisierten Care-Arbeit jedoch ein erheblicher Wandel im Verteilungsmodus dieser Arbeit zu beobachten. Care-Arbeit wird zunehmend vom privaten Raum in den öffentlichen Raum verlagert. Durch diese sich verändernde gesellschaftliche Organisation besteht die Möglichkeit, dass es sowohl zu einer gesellschaftlichen Neubewertung als auch zu einer geschlechtergerechteren Verteilung von Care-Arbeit kommt. Deshalb soll im Rahmen dieser Fallanalyse der Frage nachgegangen werden, inwieweit dieser veränderte Verteilungsmodus tatsächlich zu einer geschlechtergerechteren Verteilung von Care-Arbeit führt?

Diese Entwicklung fand jedoch im Rahmen eines kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystems statt, welches in den letzten Jahrzehnten stark durch eine neoliberale Programmatik geprägt

wurde. Daher argumentieren Auth und Rudolph, dass sich diese Neuorganisation als eine Kommodifizierung von Care-Arbeit begreifen lässt (2017, 10). Daher wird in der folgenden Analyse auch betrachtet, welche neoliberalen Logiken in dieser Neuverteilung verankert sind und inwiefern von einer Kommodifizierung, dessen Begriffsbestimmung später erfolgt, gesprochen werden kann.

Care-Arbeit meint die Fürsorgearbeit, die an und für andere(n) Menschen verrichtet wird. Damit wird der Begriff in dieser Arbeit als Teil von Reproduktionsarbeit verstanden, die auch direkt lebenserhaltende Tätigkeiten zur alltäglichen Reproduktion, wie beispielsweise Hausarbeit, Einkaufen und Kochen, umfasst (Hobler et al. 2017, 3). Zur weiteren Eingrenzung werden im Rahmen dieser Fallanalyse nur die Veränderungen im Bereich der Kinderbetreuung und Altenpflege untersucht. Der Fokus auf diese beiden Care-Sektoren erfolgte aufgrund ihrer gegensätzlichen Position zur Erwerbsphase, welche in der gegenwärtigen Gesellschaft eine zentrale Bedeutung im Lebenslauf einnimmt.

Das weitere Vorgehen ist Folgendes: Im ersten Kapitel wird die Veränderung des Verteilungsmodus in beiden Care-Sektoren und die aktuellen Arbeitsbedingungen skizziert. Im anschließenden Kapitel soll untersucht werden, inwiefern sich diese Entwicklung als Kommodifizierung bezeichnen lässt, welchen neoliberalen Logiken diese folgt und inwiefern diese Neuorganisation zu einer geschlechtergerechteren Verteilung von Care-Arbeit geführt hat. Abschließend werden die Ergebnisse mithilfe des theoretischen Rahmens bewertet.

5.1.1. Gegenstand: Der neue Verteilungsmodus von Care-Arbeit

Dass sich der gesellschaftliche Modus zur Verteilung von Care-Arbeit in den letzten Jahrzehnten in Deutschland massiv verändert hat, lässt sich deutlich an den beiden Care-Arbeitsbereichen Kinderbetreuung und Altenpflege beobachten.

Mitte der 60er-Jahre stand nur jedem dritten Kind zwischen drei und sechs Jahren ein Kindergartenplatz zur Verfügung und aufgrund des weitverbreiteten *Male-Breadwinner-Models* dominierte das gesellschaftliche Bild der nicht-berufstätigen Mutter, welche die Kinderbetreuung im privaten Raum übernahm (Kreyenfeld et al. 2002, 203). Zudem fand die Betreuung in der Regel nur halbtags statt und weniger als die Hälfte der Betreuerinnen waren ausgebildete Kindergärtnerinnen (Aden-Grossmann 2014, 239). So setzte erst in den folgenden Jahrzehnten im Zuge der Bildungsreform der 60- und 70er-Jahren der Wandel des Kindergartens von einer „Verwahranstalt“ zur „Regeleinrichtung“ ein (Colberg-Schrader 1996, 160; Peukert 2000, 79), wobei die Betreuungsquote kontinuierlich erhöht werden konnte. Diese Entwicklung wurde 1996, mittlerweile im wiedervereinten Deutschland, mit einem Rechtsanspruch auf eine Halbtagsbetreuung für jedes Kind ab drei Jahren bis zur Einschulung verrechtlicht. Auch der Anspruch an die institutionelle Kinderbetreuung änderte sich in den 90er-Jahren: Sollte der Kindergarten vorher als „glücklicher Schonraum“ (Hammer et al. 2015, 305) vor allem der Sozialisation mit anderen Kindern und sozialfürsorgerischen Motiven dienen, änderten

sich die Anforderungen mit dem PISA-Schock erheblich. Im Jahr 2001 veröffentlichte die OECD erstmals die Studienergebnisse des „Programme for International Student Assessment“ (PISA), welche den deutschen Schüler:innen eine unterdurchschnittliche Leistung bescheinigte und einen deutlichen Einfluss der sozialen Herkunft auf die Leistung nachwies (OECD 2001). Mit dem Ziel, die Kinder mithilfe frühkindlicher Bildung besser auf die Schulanforderungen vorzubereiten und einer Chancengleichheit entlang der sozialen Herkunft entgegenzuwirken, wurden 2004 erstmals flächendeckend Bildungspläne ausgearbeitet (Hammer et al. 2015). Zudem rückte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in das Zentrum der Debatte, womit implizit das Ziel gemeint war, die Phase der Erwerbspause bei Müttern zu verringern (Kreyenfeld et al. 2002, 205). Um den veränderten Prioritäten zu entsprechen, wurde sowohl der Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-Jährige als auch die Ausweitung der Ganztagsbetreuung forciert, um eine professionellere und qualitativ hochwertigere Kinderbetreuung zu ermöglichen. Die politische Priorisierung des Ausbaus der Kinderbetreuung lässt sich anhand der Entwicklung der Betreuungsquote nachvollziehen: Während 2006 nur knappe 13% der unter 3-Jährigen in einer Kindertageseinrichtung oder durch Tageseltern betreut wurden, stieg der Anteil bis 2021 um 21 Prozentpunkte auf über 34% (BMFSFJ 2022, 13). Auch wurde 2013 der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz auf die ein- bis dreijährigen Kinder ausgeweitet. Bezüglich der Kinderbetreuung lässt sich in den letzten Jahrzehnten also eine erhebliche Verschiebung dieser Care-Arbeitsform aus der privaten in die öffentliche und sozialstaatliche Sphäre beobachten.

Die veränderte Organisation der Altenpflege, welche als Teilbereich des Pflegesektors nur bedingt von jenem getrennt werden kann, hat sich relativ ähnlich zum Ausbau der professionellen Kinderbetreuung vollzogen. Bis in die 70er-Jahre hinein war die Pflege bedürftiger Senior:innen überwiegend in der Familie verortet. Die Pflege mittel- und familienloser Personen organisierten überwiegend unausgebildete Pflegerinnen und Freiwillige in wenigen Altenheimen. Dementsprechend wurde Altenpflege lange Zeit als Teil der Armenfürsorge verstanden und somit nicht über ein eigenes Leistungsrecht begründet (Hämel 2012, 98). Infolge steigender Lebenserwartung veränderte sich der Umgang und freigemeinnützige Wohlfahrtsverbände übernahmen den zunehmenden Bedarf an altenpflegerischer Betreuung. Ab Mitte der 80er-Jahre wurde zudem der Vorrang von ambulanter vor stationärer Pflege politisch forciert, der vordergründig mit dem Wunsch nach mehr Autonomie für Senior:innen begründet wurde, jedoch vor allem das Ziel einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verfolgte (Hämel 2012, 102). Mit der Einführung der Pflegeversicherung 1995 sollte die entstandene Finanzierungslücke geschlossen werden. Infolgedessen wurde die bisher exklusive und neokorporatistische Partnerschaft mit den freien Wohlfahrtsverbänden zugunsten privat-gewerblicher Anbieter gekündigt, um den Wettbewerb und das Angebot, insbesondere ambulanter, Pflegedienste zu fördern (Hämel 2012, 132). Die Pflegeversicherung brach zudem mit dem bis dato geltenden Grundsatz der bedarfsdeckenden Gewährung von Leistungen und folgt nunmehr dem Diktum der

„einnahmeorientierten Ausgabenpolitik“ (Schmidt 1999, 36). Seitdem ist Altenpflege vor allem durch einen Anstieg privat-gewerblicher Anbieter (Auth 2013, 414) sowie einer Zunahme renditeorientierter Investmentaktivitäten geprägt (Stalinski 2018, o.S.; Meißner 2015, o.S.).

Die Arbeitsbedingungen in der professionalisierten Care-Arbeit wurden insbesondere in den letzten Jahren öffentlich diskutiert und problematisiert. Beide Care-Sektoren sind von ähnlichen Problemen gekennzeichnet, welche sich jedoch hinsichtlich ihres Ausmaßes teils deutlich unterscheiden. In beiden Care-Sektoren ist der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse überdurchschnittlich hoch, insbesondere hinsichtlich der Aspekte Teilzeitarbeit und Befristung (Auth 2013, 418; Bröring und Buschmann 2012, 37-39). Zudem liegen die Löhne unterhalb des Medians aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen, wobei besonders in der Altenpflege die Lohnentwicklung in den letzten Jahren unterdurchschnittlich ausfiel (Auth 2019, 312). Dies lässt sich unter anderem mit dem niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Verbindung bringen, sodass sowohl unter freigemeinnütziger als auch privat-gewerblicher Trägerschaft der Abschluss von ambitionierten Flächentarifverträgen unmöglich ist (Schroeder 2017, 193). Der Arbeitsalltag ist durch eine hohe Arbeitsbelastung gekennzeichnet, die einerseits in einer zunehmenden Arbeitsverdichtung, andererseits in steigenden Professionalisierungsanforderungen begründet liegt (Gerdes 2018, 7-8). Diese Arbeitsbedingungen sorgen für eine geringe Attraktivität beider Care-Berufe und sind damit entscheidend für den Mangel an Care-Arbeitnehmer:innen verantwortlich, der häufig als vermeintlicher Fachkräftemangel dargestellt wird. Dieser erhöht wiederum die reale Arbeitsbelastung, was die Berufsattraktivität weiter senkt.

5.1.2. Ergebnisse der Case Study

Wie im vorherigen Kapitel aufgezeigt, hat sich der gesellschaftliche Verteilungsmodus von Care-Arbeit in den beiden Bereichen Kinderbetreuung und Altenpflege in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Nach einer deskriptiven Darstellung soll in den folgenden Unterkapitel zuerst analysiert werden, inwiefern sich diese Entwicklung mit dem Begriff der Kommodifizierung fassen lässt. Anschließend wird aufgezeigt, welche neoliberalen Logiken dieser zugrunde liegen und abschließend wird die Frage beleuchtet, ob mit diesem Wandel letztendlich der feministischen Forderung nach einer geschlechtergerechteren Verteilung von Care-Arbeit Rechnung getragen wurde.

5.1.2.1. Professionelle Kinderbetreuung und Altenpflege als kommodifizierte Care-Arbeit?

Kommodifizierung „beschreibt den Prozess, in dem eine Sache oder Dienstleistung – die zuvor nicht als Ware galt – zur Ware wird“ (Köhler 2019, 189). Die zentrale Dynamik besteht in der „Einbeziehung von sozialen Prozessen in den Prozess der Kapitalakkumulation“ (Görg 2004, 1501), welche auch mit dem Begriff der Inwertsetzung beschrieben wird. Zudem braucht es als Vorbedingung zur

Warenwerdung die Standardisierung und Vereinheitlichung von Ressourcen, die im natürlichen und sozialen Raum äußerst heterogen und vielgestaltig existieren können (Köhler 2019, 190).

Die Entwicklungen und gegenwärtigen Zustände im Bereich der professionalisierten Altenpflege können weitgehend mit den Merkmalen der Kommodifizierung beschrieben werden. Die Altenpflege ist durch einen hohen Anteil von privatwirtschaftlichen Unternehmen an allen Trägern charakterisiert. Insbesondere im ambulanten Bereich, wo Unternehmen keine eigenen Betreuungsorte stellen müssen, dominieren privatwirtschaftliche Dienstleistungen und bauen ihren Vorsprung aus (Destatis 2022a). Zwar bieten im stationären Bereich freigemeinnützige Träger einen Großteil der Pflegeheimplätze an (Destatis 2022a), jedoch müssen auch diese kostenorientiert wirtschaften, um innerhalb der festgelegten Vergütungssätze zu bleiben. Insbesondere im ambulanten Pflegebereich zeigt sich der Warencharakter von Pflege, denn Care-Leistungen werden nach pauschalen Leistungssätzen abgerechnet. Psychischen, sozialen oder individuellen Bedürfnissen der Pflegenden wird nur wenig Aufmerksamkeit zuteil, da nur körperlich-pflegerische Tätigkeiten als Care-Leistungen erfasst werden (Hämel 2010, 136). Letztlich wird in erheblichen Teilen der Pflege die Pflegearbeit als eine Sammlung an einzelnen körpernahen Dienstleistungen begriffen, die mit Blick auf die Leistungssätze möglichst kostenorientiert erbracht werden müssen (Hämel 2010, 133). Dem Anspruch, den Pflegebedürftigen eine individuelle und ganzheitliche Betreuung zu bieten, wird nur wenig Platz eingeräumt, häufig kann dieser nur auf Initiative und Kosten der Pflegekräfte selbst erfüllt werden.

Hingegen lässt sich im Bereich der Kinderbetreuung nur eingeschränkt von einer Kommodifizierung sprechen. Zentraler Unterschied zur Altenpflege ist hierbei die andere Zusammensetzung im Bereich der Träger, wo privatwirtschaftliche Unternehmen nur eine marginale Rolle spielen und sowohl der Anteil der Kindertageseinrichtungen in öffentlicher als auch freigemeinnütziger Trägerschaft deutlich höher ist (Destatis 2022b, 12). Zudem wird eine ganzheitliche Betreuung der Kinder angestrebt, bei der im Gegensatz zur Altenpflege der Fokus auf einer aktiven Förderung verschiedener sozialer, mentaler und körperlicher Fähigkeiten liegt (Hammer et al. 2015, 306). Da Kinderbetreuer:innen nicht für einzelne Care-Leistungen am Kind bezahlt werden, sondern ein festes Gehalt beziehen, können sie besser auf die individuellen Bedürfnisse von Kindern eingehen.

Trotz des unbestreitbar massiven Ausbaus der Kapazitäten und Qualitätssteigerung in beiden Care-Bereichen existieren also deutliche Unterschiede hinsichtlich des jeweiligen Grades der Kommodifizierung, die sich insbesondere in der fehlenden (monetäre) Profitorientierung und höheren Betreuungsqualität in der Kinderbetreuung zeigen.

5.1.2.2. Die neoliberale Logik der kommodifizierten Care-Arbeit

Worin liegt der Grund für die unterschiedlichen Kommodifizierungsgrade der beiden Care-Sektoren? Laut Glaeser und Kerber-Clasen liegt der Hauptgrund in den unterschiedlichen gesellschaftlichen

Renditeerwartungen, die mit beiden Care-Bereichen verknüpft werden (2017, 62). In einem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in welchem die Erwerbsphase eine solche zentrale Rolle einnimmt, werden beide Lebensabschnitte hinsichtlich ihres Nutzens für die Gesellschaft unterschiedlich bewertet. So wird eine höhere Betreuungsqualität und Förderung von Kindern, die sich besonders in der zunehmenden Professionalisierung im Berufsbild des Kindererziehenden und den beschlossenen Bildungsplänen zeigt, mit einer Steigerung des Humankapitals zukünftiger Arbeitskräfte und einer Reduzierung sozialpolitischer Folgekosten begründet (Glaeser und Kerber-Clasen 2017, 65). Demgegenüber liegt die Erwerbsphase von pflegebedürftigen Senior:innen bereits in der Vergangenheit, sodass sich Investitionen in eine Qualitätssteigerung der Altenpflege weniger rentieren und daher nur zahlungsfähigen Kund:innen angeboten werden können, wie der hohe Anteil privater Pflegeheimbetreiber in Luxussegment verdeutlicht (Meißner 2015, o.S.). Während mit einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen die Hoffnung verbunden ist, durch ein günstiges und breites Angebot von Plätzen die Kosten für Familien zu senken und damit die Geburtenraten zu erhöhen, folgt der Ausbau der Altenpflege einem infolge von demografischer Alterung gestiegenem Bedarf. Wenngleich in der Realität in beiden Care-Sektoren erhebliche Versorgungslücken bestehen, unterscheiden sich die Argumente in Debatten für erhöhte sozialstaatliche Investitionen erheblich (Hammer et al. 2015, 301).

Die Kommodifizierung beider Care-Arbeitsbereiche teilt jedoch auch gemeinsame Ziele. Erstens soll eine Effizienzsteigerung infolge einer Einrichtung zentraler Betreuungsstätten erreicht werden. Durch die Bündelung von Ressourcen, Kompetenzen und Care-Arbeitskräften sollen die gesamtgesellschaftlichen Kosten für Care-Arbeit gesenkt werden (Krenn 2014, 24). Zweitens kommt es im Prozess der Kommodifizierung zu einer Inwertsetzung und Monetarisierung von Care-Arbeit und Leistungen, die vorher im privaten Lebensbereich unentgeltlich verrichtet wurden. Diesen Care-Leistungen wird nun ein monetärer Wert zugeteilt, wodurch weitere Wertschöpfungsmöglichkeiten geschaffen werden, welche zusätzliche Einkommen und damit Steuereinnahmen und Konsumausgaben generieren. Drittens wird durch die Kommodifizierung nicht nur die Care-Arbeit als wertschaffende Arbeit entlohnt und damit anerkannt, auch wird Frauen durch die zunehmende Verlagerung von Care-Arbeit die Partizipation am Arbeitsmarkt ermöglicht. So soll Frauen einerseits ermöglicht werden, in einem auf Erwerbsarbeit fokussierten Wirtschaftssystem, ein eigenes Einkommen und finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen, andererseits sollen Frauen aus gesellschaftlicher Perspektive dem Markt als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Mit Blick auf den gesamten Prozess der zunehmenden Kommodifizierung von Care-Arbeit lässt sich festhalten, dass dieser deutlich durch Erwartungen an gesellschaftliche Renditen geprägt und legitimiert ist. Der Umfang des erwarteten Nutzens entscheidet, wie viele sozialstaatliche Ressourcen für einen Care-Sektor aufgewendet werden oder wie stark eine weitere Kommodifizierung

und Einbindung in die Kapitalakkumulation angestrebt wird (Glaeser und Kerber-Clasen 2017, 62). Innerhalb dieser neoliberalen Logik liegen vielfältige Renditeerwartungen im Bereich der Kinderbetreuung, weshalb diese deutlich weniger als die Altenpflege kommodifiziert wurde.

5.1.2.3. Kommodifizierte Care-Arbeit als geschlechtergerechte Neuorganisation von Arbeit?

Mit Blick auf die feministischen Forderungen der zweiten Welle nach einer geschlechtergerechten Verteilung von Care-Arbeit und einem besseren Zugang zu Erwerbsarbeit für Frauen, zeigt sich ein ambivalentes Bild. Auf der einen Seite ist die weibliche Erwerbsquote bis 2021 auf 72% gestiegen (1970: 46%) und damit nur wenige Prozentpunkte von der männlichen Quote (2021: 79%; 1970: 87,7%) entfernt (Destatis 2022c, o.S.). Damit hat die Kommodifizierung der Care-Arbeit erst die Voraussetzung für die weibliche Erwerbsbeteiligung geschaffen (Auth und Rudolph 2017, 10). Ebenso ist das vielfach kritisierte *Male-Breadwinner-Models*, welches in den 1970er-Jahren dominierend war, einer Vielfalt an anderen Familien- und Lebensmodellen gewichen, darunter das Doppelverdiener- oder das Doppelkarrieremodell (Träger 2009, 98).

Auf der anderen Seite ist die Verteilung von Care-Arbeit auf die Geschlechter immer noch höchst ungleich. In beiden kommodifizierten Care-Sektoren überwiegt der Anteil der Frauen am Betreuungspersonal um ein Vielfaches den der Männer: Mit einem Anteil von deutlich über 90% in der Kinderbetreuung und über 85% in der Altenpflege kann von beiden Care-Berufen als „Frauenarbeitsplätze“ (Auth und Rudolph 2017, 10) gesprochen werden (BMFSFJ 2020, 88; Schroeder 2017, 191). Dementsprechend besteht weiterhin ein enger Zusammenhang zwischen Care-Arbeit und Geschlecht, der insbesondere vor dem Hintergrund unterdurchschnittlicher Entlohnung und Arbeitsbedingungen höchst problematisch ist. Auch im privaten Umfeld bleibt dieser Zusammenhang dominierend, wie eine Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zeigt: Frauen verwenden täglich 2,4-mal mehr Zeit für Care-Tätigkeiten als Männer, die Geschlechterlücke steigt nochmals in Haushalten mit Kleinkindern (Hobler et al. 2017, 10). Zudem sind auch weibliche Erwerbstätigkeit und die Übernahme von Care-Arbeit eng verknüpft, denn Frauen reduzieren ihre Arbeitszeit vor allem, um unbezahlte, familiäre Care-Arbeit zu übernehmen (Hobler et al. 2017, 9).

Demnach kann nicht von einer geschlechtergerechten Verteilung von Care-Arbeit infolge der Kommodifizierung gesprochen werden. Zwar steigt die weibliche Erwerbsbeteiligung, diese folgt jedoch hauptsächlich dem Ziel der Arbeitsmarktintegration.

5.1.3. Theoretische Einordnung/Bewertung

Die Ergebnisse der Analyse sollen nun theoretisch rückgebunden werden, wobei eine Einordnung mithilfe von Fraser sowie Boltanski und Chiapello im Mittelpunkt steht. Zuerst wird mit Frasers inhaltlicher Kategorisierung feministischer Kritik evaluiert, inwieweit der neue Modus zur Verteilung von Care-Arbeit den Forderungen der 2. feministischen Welle entspricht. Anschließend soll der Erklärungsgehalt der Theorie von Boltanski und Chiapello für diesen Fall mit Blick auf die aufgestellten Thesen bewertet werden.

Die innerhalb des *Male-Breadwinner-Model* fast ausschließlich durch Frauen verrichtete und unbezahlte Care-Arbeit war zentraler Kritikpunkt der Feminist:innen der 2. Welle. Ihre Forderungen nach Veränderungen fasst Fraser mit den drei Kategorien *recognition*, *representation* und *redistribution*.

Hinsichtlich der Forderung nach *recognition* lässt sich konstatieren, dass die Care-Arbeit durch die Kommodifizierung, also ihrer Erfassung durch den Markt und ihrer Entlohnung, zunehmend als (zu bezahlende) Arbeit anerkannt wird. In einem lohnarbeitsfixierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wird nur Arbeit, welche als Lohnarbeit organisiert ist, entsprechend gewürdigt und mit den für Lohnarbeit vorgesehenen, gesellschaftlichen Vorteilen bedacht (bspw. bezahlter Urlaub und Krankheitstage). Dem erheblichen Teil der Care-Arbeit, der abseits des Marktes weiterhin im privaten Raum stattfindet, bleibt diese Anerkennung größtenteils verwehrt. Jedoch sind auch der Anerkennung kommodifizierter Care-Arbeit enge ökonomische Grenzen gesetzt und aktuelle Debatten, ob die Leistungen von Pfleger:innen ausreichend anerkannt werden, zeigen die negativen Missstände in der kommodifizierten Care-Arbeit auf.

Bezüglich der geforderten Veränderungen im Bereich *representation* zeichnet sich ein ambivalentes Bild. Einerseits hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und damit auch die Chance auf gesellschaftliche Repräsentation erheblich erhöht, die zu einem erheblichen Maß durch die Veränderung des Verteilungsmodi ermöglicht wurde. Andererseits besteht weiterhin ein sehr starker Zusammenhang zwischen Care-Arbeit und Geschlecht, der sich am enorm hohen Anteil von Arbeitnehmerinnen im Care-Sektor eindrücklich zeigt. Dementsprechend liegt eine geschlechtergerechte Aufteilung von Care-Arbeit immer noch in weiter Ferne, auch im privaten Raum.

Zentral für die feministische Kritik am *Male-Breadwinner-Model* ist insbesondere die Kategorie der *redistribution*, also den Forderungen nach einer Umverteilung und grundlegend anderen Priorisierung von produktiver und reproduktiver Arbeit. Die Forderungen nach *recognition*, *representation* und *redistribution* hängen eng miteinander zusammen, jedoch beeinflusst die Kategorie der *redistribution* die beiden anderen erheblich: Zwar musste Care-Arbeit gesellschaftlich erst als Arbeit anerkannt werden, jedoch findet die entscheidende Anerkennung letztlich über die monetäre Entloh-

nung statt. Dasselbe gilt für die Geschlechterrepräsentation in Care-Berufen: So nötig eine geschlechtergerechtere Aufteilung von Care-Arbeit ist, entscheiden auf einem kapitalistischen Arbeitsmarkt die Entlohnung und Arbeitsbedingungen über die Bereitschaft in einem Beruf zu arbeiten. Dementsprechend lassen sich viele der angesprochenen Ungleichheitsaspekte vor allem auf die niedrige gesellschaftliche Priorisierung von Care-Arbeit und die sich daraus ergebende Limitierung von Ressourcen zurückführen. In Kombination mit einer patriarchalen Unterdrückung von Frauen und einer gesellschaftlichen Erwartung an diese, sich für Care-Arbeit verantwortlich zu fühlen, ergibt sich die aus feministischer Perspektive anhaltend problematische Organisation von Care-Arbeit.

Mit einer Beantwortung der beiden Thesen von Boltanski und Chiapello kann theoretisch fundiert erklärt werden, auf welche Weise sich die feministische Kritik angeeignet und dadurch entkräftet wurde.

Die erste aufgestellte These, dass nur Kritikpunkte aufgenommen werden, die bestehende Akkumulationsmuster nicht gefährden oder verstärken, kann für den hier untersuchten Fall angenommen werden. Die ursprünglich *radikale* Kritik an der ungleichen Verteilung und fehlenden Entlohnung von Care-Arbeit, der daraus folgenden finanziellen Abhängigkeit von Frauen und an der grundsätzlichen Priorisierung von produktiver Arbeit über reproduktiver Arbeit wurde lediglich in Teilen aufgenommen. Denn die partielle Aneignung der Kritik erfolgte über den Prozess der Kommodifizierung, welche lediglich die im Rahmen von Erwerbsarbeit erbrachte Care-Arbeit entlohnt, womit auch die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen verbessert wurde. Die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit entlang von Geschlecht, nun sogar ergänzt um die Kategorie *race*,² und deren strukturell bedingte Nachrangigkeit im Wirtschaftssystem bleiben weitestgehend bestehen. Jedoch konnten die Bedingungen für eine Erwerbsbeteiligung von Frauen durch den veränderten Verteilungsmodus der Care-Arbeit verbessert werden, sodass ein zentraler Kritikpunkt entkräftet wurde. Dies lässt sich mithilfe von Boltanskis und Chiapellos Theorie als *Straffung der Bewährungsprobe Arbeitsmarktzugang* verstehen, um den als illegitim erachteten Einfluss von Geschlecht auf die Partizipationschancen am Arbeitsmarkt zu verringern. Demnach kann die Kommodifizierung der Care-Arbeit als *korrektive* Antwort auf eine ursprünglich *radikal* formulierte Kritik verstanden werden.

Doch der veränderte Verteilungsmodus dient nicht nur der verbesserten Stellung der Frau im Erwerbsleben, sondern folgt auch einer neoliberalen Logik. Denn Kommodifizierung an sich ist ein Prozess, in dem die Akkumulationslogik des Kapitalismus auf neue Bereiche ausgeweitet wird. Die vormals abseits des Marktes im privaten Haushalt verrichtete Care-Arbeit wird nun teilweise einer

²Arlie Hochschild hat mit dem Begriff der *global-care-chain* die Entstehung globaler Versorgungsketten für Care-Arbeit beschrieben, die aufgrund einer zunehmenden Globalisierung von Care-Arbeit entstehen, da transnationale Migrantinnen Fürsorgearbeit in privilegierten Familien verrichten (2000).

privatwirtschaftlichen Logik folgend über den Markt organisiert, insbesondere im Bereich der Altenpflege. Daher können für die Altenpflege mehrere Merkmale der neoliberalen Programmatik nach Ptak (2017) nachgewiesen werden: Liberalisierung durch die Schaffung eines neuen Marktes, Freihandel aufgrund der zunehmenden Anwerbung von Pflegefachkräften aus dem Ausland, Wettbewerb und Flexibilisierung, um kostenorientiert in einem gewinnorientierten Markt bestehen zu können.

Doch auch die Organisation der Kinderbetreuung, die zwar keine privatwirtschaftliche Gewinnorientierung erlaubt, folgt neoliberalen Renditeerwartungen. Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass infolge des veränderten Verteilungsmodus von Care-Arbeit, der in den beiden betrachteten Sektoren in unterschiedlichem Maße als kommodifiziert bezeichnet werden kann, das Akkumulationsmuster des Kapitalismus direkt oder indirekt gestärkt wurde.

Die zweite These kann nur teilweise angenommen werden. Einerseits lässt sich beobachten, dass durch die Verlagerung von Care-Arbeit aus dem privaten Raum hinaus und die partiell verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die beruflichen Erwartungen an Frauen gestiegen sind, während Frauen weiterhin einen Großteil der unbezahlten Care-Arbeit erbringen. Becker-Schmidt bezeichnet dieses Phänomen als die „doppelte Vergesellschaftung der Frau“ (2003, 12), die mit einer Doppelbelastung einhergeht. Demnach verschleiert die vermeintlich ausreichende Verlagerung von Care-Arbeit die anhaltend höhere Care-Belastung für Frauen und suggeriert, dass Frauen ähnliche Zeit- und Energiekapazitäten für die Erwerbsarbeit aufbringen können wie Männer.

Andererseits entstand in den letzten Jahren während der Corona-Pandemie das gesellschaftliche Bewusstsein für die ungerechte Entlohnung und unzureichende Anerkennung der Leistungen von Beschäftigten in der Care-Arbeit (Lübker und Zucco 2020). Auch der Begriff der Care-Arbeit wurde in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte erweitert, wie die Verbreitung von den Konzepten *Mental Load* und *Emotionsarbeit* zeigt (Emma 2018; Hartley 2018).

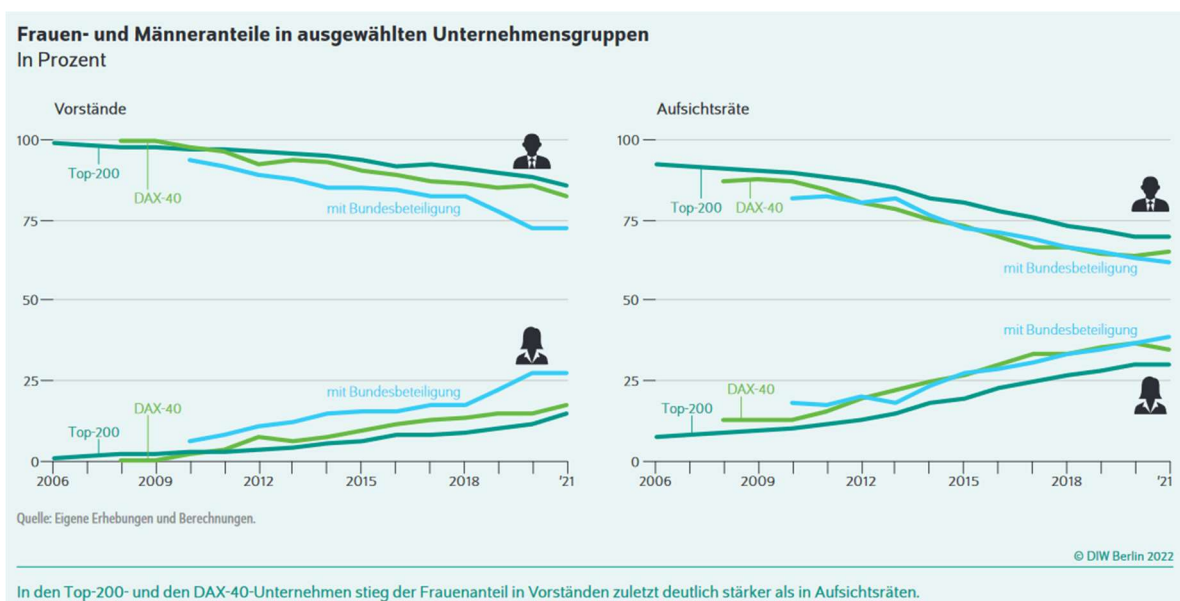
Aus Perspektive der ursprünglichen feministischen Forderungen muss die Verlagerung und partielle Kommodifizierung von Care-Arbeit differenziert bewertet werden. Auf der einen Seite wird Care-Arbeit zunehmend entlohnt und Frauen besitzen mehr Chancen, sich durch eine freiere Berufswahl ihre finanzielle Unabhängigkeit zu sichern. Doch auf der anderen Seite kritisieren Feminist:innen diese eindimensionale Fokussierung auf die Arbeitsmarktintegration (Auth und Rudolph 2017, 10), denn dieser Prozess hat weder die anhaltend ungleiche Verteilung von Care-Arbeit, noch deren strukturell niedrigere Anerkennung und Entlohnung verbessert, sondern in Teilen sogar zu einer Konsolidierung und Verschleierung dieser Zustände beigetragen.

5.2. Der Diskurs um die Frauenquote: Mehr Diversität und der Durchbruch der “gläsernen Decke”?

Ein weiteres Beispiel für scheinbare feministische Emanzipation stellt auf den ersten Blick die international fortschreitende Etablierung der Frauenquote dar. Diese gibt durch einen meist gesetzlich festgeschriebenen Prozentsatz vor, nach welchem Verteilungsschlüssel Führungspositionen in Wirtschaft und Politik vergeben werden. Solche Quotenregelungen sollen die strukturelle Unterrepräsentation von weiblichen Führungskräften ausgleichen. Dabei gibt es mehrere Begründungen für die Notwendigkeit dieser Maßnahme. So würden Themen, welche insbesondere Frauen betreffen, stärker besprochen, es gäbe mehr Leitbilder für heranwachsende Mädchen und gängige Geschlechtsbilder innerhalb der öffentlichen Sphäre könnten überkommen werden (Franceschet et al. 2012, 3). Im Folgenden werden solche Leitmotive und deren Hintergründe eingeordnet, um sie anschließend theoretisch zu diskutieren.

5.2.1. Gegenstand: Die Frauenquote

Mittlerweile haben sich weltweit in 137 Ländern Quotenregelungen etabliert (IDEA 2023), welche die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen des politischen und wirtschaftlichen Betriebs nachweislich erhöht haben (Franceschet et al. 2012, 3). So lässt sich auch für Deutschland gemäß einer Studie des DIW eine zunehmende Konvergenz zwischen Geschlechtern in Vorständen und Aufsichtsräten innerhalb der 200 größten Unternehmen feststellen, während diese in Unternehmen mit Bundesbeteiligung sogar noch stärker ausfällt (siehe Abbildung 2). Auch international zeigt sich dieser Effekt: In allen Ländern der EU, die eine Frauenquote eingeführt haben, zeigten sich signifikante Auswirkungen hinsichtlich der Besetzung der relevanten Positionen sowie, wenn auch in geringerem Maße, bezüglich der Unternehmensproduktivität (Comi et al. 2017, 47; Smith 2018).



*Abbildung 2: Konvergenz der Frauen- und Männeranteile in ausgewählten Unternehmensgruppen.
(Quelle: DIW 2023)*

Medien und Gewerkschaften betrachteten diese Quotenregelungen als einen "historischen Durchbruch" (Busse et al. 2020, o.S.), der als Maß für eine zunehmende weibliche Emanzipation stehe (Parnack 2020, o.S.). So seien Konzerne nun dazu gezwungen, "moderner zu werden", eine Erhöhung von Diversität anzustreben und sogar ein Ende patriarchaler Strukturen selbst sei in Sichtweite (Parnack 2020, o.S.). Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht in der Repräsentation von Frauen in Aufsichtsratsgremien einen Schritt zu mehr Gleichberechtigung am Arbeitsplatz (Kirsch und Wrohlich 2021, 36). So ließe sich eine "Zunahme an Höflichkeit und gegenseitiger Wertschätzung" (Kirsch und Wrohlich 2021, 37) innerhalb der betroffenen Gremien feststellen. Quoten hätten außerdem das Potential langfristig geschlechtsspezifische Diskriminierung zu verringern (Pande und Ford 2012, 11). Folglich wurde die zunehmende Etablierung der Frauenquote oftmals medial, zivilgesellschaftlich sowie wissenschaftlich zu einem Sinnbild der weiblichen Integration in jene Strukturen, welche weitläufig als patriarchal gelten und somit zu einem lange überfälligen gesellschaftlichen Fortschritt stilisiert.

Tatsächlich bestätigt die hier zitierte Empirie zu großen Teilen die Erwartungen, welche an die Frauenquote geknüpft waren. Denn die Diskussion um den ungleichen Zugang zu Führungspositionen begann bereits in den 1970er und 80er Jahren mit der Problematisierung einer nach Hierarchiestufe stetig abnehmenden Anzahl von Frauen in denselben. Im Verlaufe der 80er Jahre wurde hierfür der Begriff der "Gläsernen Decke" popularisiert (Hymowitz & Schellhardt 1986). Hiermit wird eine unsichtbare Barriere beschrieben, die Frauen daran hindert, in Spitzenpositionen in Unternehmen und anderen Organisationen aufzusteigen. Zwar sind besagte Stellen oftmals in sichtbarer Reichweite, jedoch könne ein Karriereaufstieg nur bis zu einer unsichtbaren, auf Geschlechterdiskriminierung basierenden, Barriere erfolgen. Daraus folge ein struktureller Ausschluss von Frauen, welcher sich nicht auf Leistungsdefizite zurückführen ließe, da zwar weibliche Arbeitskräfte mit ausreichender Qualifikation auf niedrigeren Karrierestufen vorhanden, hinsichtlich von Beförderungen jedoch trotzdem erheblich unterrepräsentiert waren (Cotter et al. 2001, 656-661). Aus den nun oftmals postulierten und empirisch nachweisbaren Erfolgen hinsichtlich weiblicher *representation* mag die Frauenquote also durchaus als funktional gelten.

Doch gibt es aus jeglichen Lagern auch deutliche Kritik an der Maßnahme. Einerseits wird aus einem neoliberal geprägten Gesellschaftsverständnis heraus moniert, dass die Etablierung einer Quotenregelung mit einer vorgeblich vorherrschenden Meritokratie nur schwer in Einklang zu bringen ist (Dahlerup 2007, 75). So bestünde die Gefahr, dass Stellen nicht länger nach Qualifikation, sondern lediglich aufgrund des Geschlechts vergeben werden (Profeta 2017, 27). Dementsprechend

schwierig scheint es, eine Frauenquote mit neoliberalen Aspekten des Individualismus, des Wettbewerbsdenkens, aber auch mit dem Postulat staatlicher Zurückhaltung zu vereinen. So halten Dobson und Rastad (2018, 10) fest, dass weibliche *representation* besser durch eine höhere Machtkonzentration für Shareholder von Unternehmen durchsetzbar wäre, während staatliche Eingriffe in liberal geprägten kapitalistischen Gesellschaften nicht annehmbar und daher grundsätzlich zu unterlassen seien.

Doch ebenso wird die Frauenquote aus feministischen Lagern kritisch betrachtet. So wäre eine sichtbar erhöhte *representation* von Frauen in Führungspositionen keinesfalls mit einer gesamtgesellschaftlichen Geschlechtergerechtigkeit gleichzusetzen (Dahlerup 2007, 75), wie beispielsweise von supranationalen Institutionen wie der OECD suggeriert wird (Turan 2022). Oftmals handele es sich um eine Art Scheinpolitik, welche es erlaube, vordergründig progressive Policyänderungen vorzunehmen, während diese in ihren Effekten wissentlich als nicht transformativ eingeschätzt werden und somit eine leichte Möglichkeit politischer Zugeständnisse biete (Krook 2008).

So wird deutlich, dass die Einführung der Frauenquote zu einer breiten und kontroversen Rezeption führte und bis heute Gegenstand intensiver Debatten ist. Auf der einen Seite wird bemängelt, dass die Frauenquote angeblich vorherrschende egalitäre Gerechtigkeitsstrukturen unterwandert, während auf der anderen Seite kritisiert wird, dass sie allenfalls eine oberflächliche Maßnahme ohne transformativen Charakter ist und sie somit nicht als emanzipatorisch verstanden werden darf.

Im Folgenden soll auf diese Kritik weiter eingegangen werden. Es stellt sich im spezifischen die Frage, inwiefern die unter 3.4 vorgelegten Thesen anhand dieses Beispiels widerlegt oder bestätigt werden können. Mittels verschiedener Case Studies zur Frauenquote wird unter Punkt 5.2.2 beleuchtet, ob ihre Einführung auf eine selektive Inkorporierung einer eigentlich deutlich umfänglicheren Kritik im Sinne einer neoliberalen Agenda hindeutet. Nach dieser Darstellung wird mittels der theoretischen Einordnung entlang Frasers sowie Boltanskis und Chiapellos Ausführungen versucht, diese Deutung zu interpretieren.

5.2.2. Ergebnisse der Case Studies

Im Folgenden werden insbesondere die Ergebnisse einer 2008 von Mona Lena Krook durchgeführten Metastudie betrachtet. Krook beleuchtet die Begründungsmuster hinter der auffallend hohen Bereitschaft diverser Staaten, eine Frauenquote zu etablieren. Es werden Auswirkungen der Etablierung der Frauenquote auf feministische Praktiken betrachtet. Aus Krooks Ausarbeitung werden exemplarische Case-Studies verwendet, um ein oftmals vorzufindendes Spannungsverhältnis zwischen Vor- und Nachteilen der Quotenregelung in gegenwärtigen kapitalistisch geprägten Gesellschaften aufzuzeigen. Krook selbst typologisiert aus diesen Einzelfallstudien vier Begründungsmuster für die Etablierung der Frauenquote:

“Taken together, the insights of various case studies point to at least four distinct accounts as to why quotas are adopted: women mobilize for the adoption of quotas to increase women’s representation, political elites recognize strategic advantages for supporting quotas, quotas are consistent with existing or emerging notions of equality and representation, and quotas are supported by international norms and spread through transnational sharing.” (Krook 2008, 351)

Die erste Begründung für die Einführung von Frauenquoten ist die bisher bereits angeschnittene erhöhte *representation* von Frauen in Führungspositionen. Dahinter steht zunächst die Annahme, dass aus demokratischen Gründen Frauen einen gleichen Anspruch auf den Zugang zu relevanten Positionen haben sollten (Chou et al. 1990, 11). So könnten ebenso Themen, welche insbesondere für Frauen wichtig seien auf die Agenda gesetzt werden³ (Chou et al. 1990, 11). Quoten würden gemäß Htun zudem dazu beitragen, Exklusion und Diskriminierung von unterrepräsentierten Gruppen zu mildern (2004, 451). So würden also normative Prinzipien durch Frauenquoten besser forciert werden. Allerdings zieht Krook hier eine Grenze zwischen deskriptiver und substanzieller *representation* (2008, 357): Alleine die paritätische Besetzung von Positionen würde keine strukturellen Transformationsprozesse anstoßen. Selbst wenn die genannten Effekte durchgesetzt würden, böte alleinige Inklusion als Selbstzweck folglich feministischen Ansprüchen kaum einen Mehrwert. Nichtsdestotrotz erkennt Krook hierin, dass die Idee der *representation* sich im semantischen Sinne oftmals mit gesellschaftlichen Vorstellungen von Geschlechtergleichheit deckt.

Allerdings könnten Quotenregelungen hintergründig anderen Zwecken dienen, als vordergründig behauptet. Krook fasst zusammen, dass aus politischen Gesichtspunkten die Einführung von Frauenquoten eine einfache Möglichkeit darstellen, Engagement für feministische Bewegungen darzustellen, ohne zwangsweise persönlichen Einsatz zeigen zu müssen (Krook 2008, 353). So haben in Brasilien verantwortliche Parteivorsitzende trotz einer inhaltlichen Ablehnung die Etablierung von Quotenregelungen nicht zu verhindern versucht, um Konflikte mit Frauengruppen zu vermeiden, während sie sich gleichzeitig der begrenzten Anwendbarkeit der Maßnahmen bewusst waren (Araújo 2003, 4). Oftmals sprechen auch wahltaktische Gründe für den Einsatz für eine Frauenquote. Perrigo zeigt für das Beispiel der englischen Labour Party, dass die stärkere Einbindung von Frauen hauptsächlich mit dem Ziel durchgeführt wurde, die Partei in der Öffentlichkeit attraktiver zu machen (1999, 165-166). Zudem findet die Aufnahme der Maßnahme in Parteiprogramme oft nicht aus ideologischen Grundüberzeugungen statt, sondern da diese gegenüber konkurrierenden Parteien als sinnvolle Wahlkampfmaßnahme eingeschätzt werden (Davidson-Schmich 2006, 220).

³ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass eine solche Zuteilung rein kulturell und somit zwar oftmals historisch gewachsen, jedoch rein künstlich gezogen wird. Die spezifische Ausgestaltung solcher Zuteilungen kann veraltete Rollenbilder reproduzieren und wird weitgehend als veraltet angesehen, da selbst bei treffender Einkategorisierung die Gesellschaft stets als ganzes von als “weiblich” wahrgenommenen Themen betroffen ist.

Abgesehen von den bisher vorgebrachten Punkten sind Begründungen für Frauenquoten oftmals auch wirtschaftlicher Natur. Einerseits werden die Regelungen als günstig für das Betriebsklima sowie die Effizienz von Unternehmen gerahmt (Kirsch & Wrohlich 2021; Profeta 2017). So lassen sich hier in einer ökonomisch-rationalistischen Argumentationsweise auch für Unternehmen Gründe finden, welche die eigene Nutzenmaximierung in den Vordergrund stellen. Krook selbst stellt deswegen fest, dass “In practice, therefore, quotas and neoliberalism are not mutually exclusive, but instead often partners in the pursuit of a new world order” (2008, 358). Daneben sei an dieser Stelle noch betont, dass es sich bei allen Regelungen lediglich um eine Quotierung für Führungspositionen handelt. So wird im Diskurs um *representation* regelmäßig nicht erkannt, dass durch Quotierungen in Führungsriege auf niedrigeren Hierarchiestufen keinerlei Gleichstellung stattfindet (Parnack 2020), womit die Debatte sich zumindest langfristig selbst untergraben könnte.

Doch selbst bei all dieser Kritik stellt sich nach wie vor die Frage, ob die zunehmende Etablierung der Frauenquote nicht trotz allem ein Erfolg der feministischen Bewegungen ist. Denn wie oftmals vorgebracht, eignet sich die Quotierung durchaus, um die *representation* von Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft zu erhöhen. Um die Ambivalenz des Gegenstands zu beleuchten, soll im Folgenden eine kritische Einordnung der Frauenquote in den theoretischen Rahmen dieser Arbeit stattfinden.

5.2.3. Theoretische Einordnung

Theoretisch ist nun also zu betrachten, inwiefern unsere vorgebrachten Thesen hinsichtlich dieser Aspekte tragfähig sind. Dies wäre der Fall, wenn anhand der theoretischen Einordnung schlüssig dargestellt werden könnte, dass die Etablierung der Frauenquote keine Veränderung der Akkumulationsmuster bewirkt und zusätzlich dazu der Neoliberalismus als *Cité* im Sinne Boltanskis und Chiapellos selbst eine neue Legitimation erfährt. Doch zunächst soll betrachtet werden, inwiefern sich die Frauenquote mit Forderungen der zweiten Welle des Feminismus in Einklang bringen lässt. Denn gerade hier, so unser Punkt, wurde eine umfängliche Kritik geäußert, bei der eine aufkommende Kapitalismuskritik gefunden werden kann. Betrachten wir also zuerst Frasers Ausführungen zur Entwicklung feministischer Kritik innerhalb des Neoliberalismus, um ein Fundament für die anschließende theoretische Interpretation im Sinne Boltanskis und Chiapellos zu unternehmen.

Bei Übernahme von Frasers Perspektive sind vor allem die Aspekte interessant, die bei der Debatte um die Frauenquote nicht thematisiert werden: die Fragen der *Recognition* und der *Redistribution*. Jegliche Publikationen behandeln allen voran die Repräsentationsfrage von Frauen als das zentrale Motiv der Maßnahme. Im Umkehrschluss stellen die anderen Kritikdimensionen einer eigentlich ursprünglich ganzheitlich formulierten, integrierten Kritik dann eine auffallende Leerstelle

dar. So geht es selten darum, Leistungen von Frauen in irgendeiner Form direkt zu honorieren. Stattdessen wird viel eher ein eigener Vorteil aus der Einführung von Quotierungen geschlagen, wodurch der auf den ersten Blick verschwundene Aspekt der neoliberalen Individualisierung auf Seiten der Profiteure ins Bild zurückkehrt. Zudem ist keine Fokussierung auf Maßnahmen der *Redistribution* ersichtlich. Besonders wenn für gesteigerte Unternehmenseffizienz argumentiert wird, geht es in keinem Falle darum, die hypothetischen Verursacherinnen dieser Steigerung in irgendeiner Weise an höheren Gewinnen zu beteiligen. Im Gegenteil besteht der Gender-Pay-Gap selbst in Führungsetagen weiterhin fort (Holst & Marquardt 2018, 674). Auch lässt sich annehmen, dass Frauenquoten nicht zu einer Entlastung von Frauen hinsichtlich von Care-Arbeit führen. Frasers Diagnose scheint somit durchaus sehr passend: Die Aspekte der Kritik, also die der *representation*, *recognition* und *redistribution*, wurden im Verlaufe der Debatte durch die Fokussierung auf einen Bestandteil hiervon in ihre Einzelteile zerlegt, womit der Anspruch auf Emanzipation selektiv bleibt.

Selektiv bleibt die Frauenquote allerdings auch in einer weiteren Hinsicht: Die Zusammensetzung derjenigen Frauen, welche überhaupt Zugang zu Führungspositionen haben, verändert sich durch eine Quotierungsregelung in keiner Weise. Zwar wäre das bei der Annahme der Geltung des meritokratischen Prinzips nicht zwangsweise problematisch, interessant ist allerdings die Tatsache, dass die Etablierung der Quote in der Breite der Gesellschaft trotzdem so positiv aufgenommen wird (HBS 2011, 7). Denn tatsächlich verbleibt die Frauenquote, solange sie lediglich in Führungspositionen etabliert wird, für Arbeiterinnen und Angestellte letztendlich wirkungslos (Dahlerup 2007). So stellt Krook fest, dass feministische Kritikpunkte, “particularly among class and racial lines” (Krook 2008, 357), durch die Quotierungsregelung nicht angesprochen würden. Ähnlich argumentiert auch Fraser, wenn sie davon schreibt, dass eine strukturelle Umsetzung der ursprünglichen Kritikpunkte der zweiten feministischen Welle ausgeblieben sei. Zwar könnte hier argumentiert werden, dass Regelungen zur Besetzung von Positionen strukturelle, bzw. institutionelle Änderungen sind, allerdings wären solche ohne entsprechende kulturelle Veränderungen, welche die drei von Fraser genannten Dimensionen der Kritik (*representation*, *recognition*, *redistribution*) betreffen, im Effekt nur ein Einhegen feministischer Werte in ein weiterhin bestehendes androzentristsches System (Fraser 2013, 105).

Diese Fraser'sche Kritik lässt sich am vorliegenden Beispiel nun mit Boltanskis und Chiapellos Theorie der Entwaffnung von Kritik im Kapitalismus in mehrfacher Weise zusammenführen. Zunächst kann die ursprünglich formulierte integrierte Kritik als eine *radikale* Kritik im Sinne der zwei Autor:innen verstanden werden. Die Betonung der gleichzeitigen wirtschaftlichen, kulturellen sowie politischen Dimension der Benachteiligung von Frauen (Fraser 2013, 103), die sich wechselseitig bedingen und Interdependenzen aufweisen, weist in die Richtung einer umfassenden Kritik. Bei der Frage nach der *Bewährungsprobe*, auf welche die Frauenquote eine Antwort zu geben sucht, lässt

sich feststellen, dass es um den Zugang zu vormals männlich dominierten Positionen im Arbeitsmarkt geht. Stellt man dem nun die *radikale* Kritik gegenüber, muss diese *Bewährungsprobe* im Allgemeinen so weit hinterfragt werden, dass ihre Legitimität grundsätzlich infrage gestellt wird. Tatsächlich führt auch Fraser aus, dass es in der zweiten feministischen Welle nicht um eine Integration in ein patriarchales System ging, sondern um den beschriebenen Wandel der systemischen Tiefenstrukturen (Fraser 2013, 103-104). Diese Wandlung wurde zu einer Art *korrektiver* Kritik umgedeutet. Am Beispiel der Frauenquote sollten Frauen gleichermaßen Zugang zum Arbeitsmarkt haben wie Männer, obwohl dies nicht zentraler Gegenstand der ursprünglich formulierten Kritik war. Es handelte sich bei den ursprünglichen Forderungen nicht um solche, welche diese Selektionsmechanismen anpassen sollten, sondern um eine Infragestellung ihrer Wertigkeit selbst, also um eine *radikale* Kritik. Im Verlaufe wurde sie allerdings zu einer *korrektiven* Kritik angepasst.

So wurde folglich, nach dem theoretischen Verständnis Boltanskis und Chiapellos, die *Bewährungsprobe* hinsichtlich des Arbeitsmarktzugangs *gestraft* und mit neuer Legitimität versehen. Allerdings fand dieser Schritt erst statt, nachdem die Kritik durch die Auftrennung des integrativen Charakters aufgebrochen wurde. So musste die *Bewährungsprobe* nur hinsichtlich des Aspekts der *representation* adaptiert werden. Betrachtet man die Argumentation gegen die Frauenquote, welche aus feministischen Lagern selbst kommt, lässt sich diese Ansichtweise illustrieren. Die Frauenquote sei keine transformative Maßnahme, welche die geforderten Ziele zu erreichen vermag (Krook 2008). Darüber hinaus ist von besonderem Interesse, welche Wechselwirkungen mit einer Veränderung der neoliberalen Rechtfertigungsordnung bestehen.

Denn tatsächlich lässt sich bei einiger Reflexion darauf schließen, dass die *Straffung* sich nicht auf eine Veränderung der Rechtfertigungsordnung stützen muss. Auf der einen Seite werden in der Praxis oftmals Frauen auf Positionen befördert, welche stellenweise aktiv antifeministische Agenden durchsetzen (Costa-Benavides 2003). Somit ist mit der reinen *Straffung der Bewährungsprobe* an die inhaltliche Ausgestaltung der Effekte noch nicht gedacht. Interessanterweise bildet dieser Aspekt eine auffallende Leerstelle Boltanskis und Chiapellos, spricht allerdings nichtsdestotrotz für eine Vereinnahmung der Kritik durch den Neoliberalismus. Zum anderen lässt sich die Starrheit der Rechtfertigungsordnung mit den ambivalenten Komponenten der Frauenquote hinsichtlich einer scheinbar herrschenden Meritokratie illustrieren. Denn zwar sei die Form der Forcierung von Repräsentation als Quote anti-meritokratisch, blickt man allerdings auf den Mechanismus der Frauenquote selbst, wird innerhalb dieses Systems das Ideal einer Meritokratie weiter hochgehalten. Denn es geht, wie erwähnt, um die Regelung der Zugänge zu Leitungspositionen. Dass Frauen weiterhin extrem verschiedene Ausgangsbedingungen haben, um diese Leitungspositionen erreichen zu können, kann mit der Etablierung der scheinbar emanzipativen Maßnahme allerdings verschleiert werden.

Nun werden, wie Boltanski, Chiapello und Fraser übereinstimmen, selbst bei der Einführung der Frauenquote Akkumulationsmuster in keiner Weise verändert. Im Gegenteil scheint die Idee verkehrt zu werden, um dem Kapitalismus und dem Neoliberalismus noch zuträglicher zu sein. Das sieht man auch an gängigen ökonomistischen Effizienzargumenten der Befürworter:innen. Man erkennt also abschließend aus der Perspektive Boltanskis und Chiapellos, dass eine ursprünglich *radikale* Kritik als *korrektiv* umgemünzt, der ganzheitliche Anspruch der zweiten Welle aufgebrochen und die *Straffung* nur bei jenen Elementen vorgenommen wurde, welche keine Veränderung der Rechtfertigungsordnung sowie der Akkumulationsmuster beinhalten (These 1). Für die Analyse der Etablierung der Frauenquote trifft also der theoretische Zugang scheinbar zu, wenn die Quotierungsregelung als aus der zweiten Welle des Feminismus heraus entstanden verstanden wird. Aus einer Systemkritik wurde in diesem Fall ein minimales Zugeständnis, von welchem in vielen Fällen Personen profitieren, die Interesse am Weiterbestehen der gängigen Rechtfertigungsordnung bzw. Cité haben, womit sich diese auch weiterhin, mit neuer Legitimität, reproduzieren kann (These 2).

5.3. Empowerment als neoliberale Strategie?

Als letztes Beispiel für die Aneignung feministischer Kritik betrachten wir den Fall *Empowerment* (dt. Selbstermächtigung). Für dieses lässt sich keine einheitliche Definition in der Literatur finden, als kleinster gemeinsamer Nenner lässt sich jedoch festhalten, dass Empowerment als psychosoziale Praxis beschrieben werden kann. Nach Herriger soll dabei die Autonomie und Selbstbestimmung von Personen gestärkt werden (2020, 13). In feministischen Bewegungen findet dieses Konzept Anwendung, um Frauen, aber auch Nicht-binäre und Transpersonen in einer patriarchalen gesellschaftlichen Umgebung zu unterstützen (Herriger 2020, 25; Cornwall 2018, 8). Allerdings ist das Konzept Empowerment durch seine Uneindeutigkeit offen für eine "ideologische Rahmung" (Herriger 2020, 13). Das heißt, der Begriff lässt sich in unterschiedlichen Sinnzusammenhängen verschieden deuten. So merkt Cornwall beispielsweise an, dass sich der Gebrauch des Begriffs in den letzten Jahrzehnten hin zu einem Synonym für Selbstoptimierung entwickelt hat, "that speaks less to Enlightenment ideals than to the individualism and consumerism of late modernity" (2018, 8). Damit verweist Cornwall auf gesellschaftliche Individualisierungstendenzen, die wir in dieser Arbeit bereits mit der neoliberalen Programmatik in Zusammenhang gebracht haben (siehe Kapitel 2.2 und 3.2). Zusätzlich wird der Begriff des Empowerments heute häufig in ökonomischen Zusammenhängen verwendet, während er gleichzeitig eine feministische Konnotation behält (Cornwall 2018, 2). Dabei sollen Frauen für den Zugang zu einer besseren Arbeitsmarktposition empowert werden. Die folgende Fallanalyse untersucht deshalb den Zusammenhang zwischen neoliberalen und feministischen Strategien in Empowermentkonzepten.

Als Datengrundlage für die Analyse dienen die *Women's Empowerment Principles*, die von der UN Women 2011 herausgegeben wurden. Dieses Textdokument eignet sich deshalb als exemplarisches Beispiel für ein Empowermentkonzept, da einerseits der Titel eindeutig auf das hier zentrale Thema des Empowerments abzielt. Andererseits handelt es sich bei der UN Women um eine große, internationale Organisation, die sich als feministisch versteht. Auf der Website positionieren sie sich als "global champion for gender equality" (UN Women 2023, o.S.).

In der Fallstudie soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern das feministisch gerahmte Empowerment in den *Women's Empowerment Principles* (2011) der UN Women als neoliberales Projekt zu verstehen ist. Zunächst wird dazu kurz das Material vorgestellt, bevor die verwendete Methode, die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2016), näher erläutert wird. Im Anschluss sind die Ergebnisse der Analyse dargestellt und werden theoretisch rückgebunden.

5.3.1. Gegenstand: Die *Women's Empowerment Principles*

Die *Women's Empowerment Principles* (WEP) tragen den Untertitel "Equality means Business" (UN Women 2011, 1) und richten sich damit vornehmlich an Unternehmen. Das Dokument enthält neben sieben konkreten Empowerment-Strategien auch Beispiele für die Umsetzung in Unternehmen, Möglichkeiten der Implementierung und Messung, eine Bestandsaufnahme von Frauen betreffenden Ungleichheiten sowie ein Glossar der verwendeten Begriffe. In Letzterem wird für Empowerment folgende Definition dargelegt:

"Empowerment means that people - both women and men – can take control over their lives: set their own agendas, gain skills (or have their own skills and knowledge recognized), increase self-confidence, solve problems, and develop self-reliance. It is both a process and an outcome." (UN Women 2011, 11)

Empowerment wird hier einerseits als Methode zur Selbstermächtigung verstanden. Gleichzeitig stellen empowerte Personen das Ergebnis der Anwendung dieser Methode dar. Die sieben konkreten Strategien in den WEP dienen als praktischer Ansatzpunkt, um dieses theoretische Verständnis einer Praxis zugänglich zu machen. Sie beziehen sich auf Unternehmensführung, Gleichbehandlung, Gesundheits- und Sicherheitsaspekte, Bildungsangebote, Unternehmensentwicklung, Gemeinschaftsinitiativen und Lobbyarbeit sowie die öffentliche Berichterstattung über den eigenen Fortschritt hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung.

5.3.2. Auswertungsmethode: Qualitative Inhaltsanalyse

Als methodischer Zugang innerhalb dieser Fallanalyse dient die *inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse* nach Kuckartz (2016). Dabei handelt es sich um ein Auswertungsverfahren aus dem Paradigma der qualitativen Sozialforschung. Die Methode erlaubt, unstrukturierte Textquellen systematisch in Hinblick auf ein spezielles Erkenntnisinteresse auszuwerten.

Das Vorgehen der Inhaltsanalyse nach Kuckartz lässt sich in sieben Phasen einteilen und als iterativ beschreiben. Die unterschiedlichen Analyseschritte können demnach innerhalb der Auswertung zu jedem Zeitpunkt wiederholt, ergänzt und überarbeitet werden. Die erste Phase besteht aus der initiierenden Textarbeit. Hier wird der Text interessiert und sorgfältig gelesen, wobei scheinbar wichtige Textstellen markiert und Anmerkungen zu Auswertungsideen und Besonderheiten am Textrand verfasst werden (Kuckartz 2016, 101). In einem zweiten Schritt erfolgt klassischerweise das Entwickeln von thematischen Hauptkategorien. Die Kategorien dienen der Systematisierung der Auswertung und sind zudem für die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse höchst relevant. Häufig ergeben sich die Hauptkategorien bereits aus dem Forschungsinteresse (deduktive Kategorienbildung), die Textarbeit aus Phase (1) kann jedoch weitere wichtige Kategorien (induktive Kategorienbildung) identifizieren (Kuckartz 2016, 101). In der dritten Phase wird das gesamte Textmaterial mit den Hauptkategorien aus Schritt (2) codiert. Dabei wird der Text schrittweise durchgearbeitet und Sinnabschnitte, die sich den Hauptkategorien zuordnen lassen, werden häufig durch eine farbliche Markierung zugeordnet. Da ein Textabschnitt auch mehrere Themen beinhalten kann, sind auch doppelte Codierungen möglich (Kuckartz 2016, 102). Anschließend werden in Schritt vier alle Textstellen, die mit der gleichen Hauptkategorie codiert wurden, zusammengestellt. In der fünften Phase können Subkategorien am Material gebildet werden, was meist induktiv geleitet ist. Dies gilt insbesondere für die Kategorien mit zentraler Bedeutung für das Forschungsinteresse. Dazu werden die relevanten Textstellen der jeweiligen Hauptkategorie häufig tabellarisch oder als Liste in einer Themenmatrix aufbereitet und nach möglichen Unter-Dimensionen durchgearbeitet. Für diese Subkategorien sollten zudem klar formulierte Definitionen vorliegen bzw. verfasst werden (Kuckartz 2016, 106). Im folgenden Schritt sechs wird klassischerweise das gesamte Textmaterial mit dem ausdifferenzierten Kategoriensystem erneut codiert. Da es sich bei der Inhaltsanalyse um eine Methode handelt, die auf das tiefe Verstehen des Materials angelegt ist, sichert dieser Schritt eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Text. In diesem Schritt ist es zudem möglich, die Subkategorien weiter auszdifferenzieren oder zusammenzufassen (Kuckartz 2016, 110). Im Anschluss kann Schritt sieben – die Auswertung – stattfinden, wobei sich verschiedene Formen unterscheiden lassen. Für diese Fallanalyse wird die "Kategorienbasierte Auswertung der Hauptkategorien" (Kuckartz 2016, 118) verwendet. Hier sollen die Ergebnisse der einzelnen Haupt- und Subkategorien beschreibend dargelegt werden. Zudem empfiehlt Kuckartz (2016, 119), die Darstellung mit Beispielen aus dem Datenmaterial anzureichern.

Diese Form der Inhaltsanalyse eignet sich für die Untersuchung der WEP besonders, da die gemeinsamen Kategorien (siehe Kapitel 4) als konzeptgesteuerte Codes in die Analyse aufgenommen werden können. Zusätzlich, anhand des vorliegenden Datenmaterials, können jedoch noch weitere Kategorien hinzugefügt werden. Zudem ermöglicht die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse nach

Kuckartz das tiefe Verstehen eines Textes zu systematisieren und so die Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisse herzustellen.

5.3.3. Ergebnisse der Analyse

Das Vorgehen der Analyse orientiert sich an den im vorherigen Kapitel beschriebenen Schritten. An dieser Stelle sollen deshalb zuerst die inhaltlich-methodischen Entscheidungen der Analyse dargelegt und begründet werden. Im Anschluss folgt die Darlegung der Analyseergebnisse.

Die Hauptkategorien zur Codierung des Textmaterials orientieren sich an den Vergleichskategorien innerhalb der drei Case Studies (siehe Kapitel 4.) sowie dem Forschungsinteresse. Daraus ergaben sich folgende Hauptkategorien: *Neoliberale Strategien & Charakteristika*, *Feministische Kritik an bestehender Situation*, *Träger:in der Transformation* sowie *Nutzen von Geschlechtergleichstellung/Diversity*. Die initiierende Textarbeit ergab zudem, dass sich das *Ziel* der Strategien inhaltlich vom *Nutzen* unterscheiden könnte, weshalb dies als fünfte Hauptkategorie aufgenommen wurde. Die anschließend codierten Textsegmente sind in einer Themenmatrix zusammengetragen (siehe Anhang 1.2). Für die Hauptkategorie *Neoliberale Strategien & Charakteristika*, ordnete ich im Anschluss die Sinnabschnitte den Subkategorien *Deregulierung*, *Liberalisierung*, *Privatisierung*, *Flexibilisierung*, *Freihandel*, *Individualismus* sowie *Wettbewerb/Markt* zu. In diesem Codierungsprozess wurde deutlich, dass die inhaltliche Erweiterung einiger Subkategorien sinnvoll für das Erkenntnisinteresse sein könnte. Der Code *Deregulierung* sollte auch für die Markierung von entgegengesetzten Forderungen verwendet werden können, weshalb eine Umbenennung in *(De-)Regulierung* stattfand. Zudem wurde der Subcode *Liberalisierung* erweitert. Dieser Code fasste nach dem Verständnis von Ptak ursprünglich Strategien, die zur Schaffung neuer Märkte beitragen (2017, 76). Die Textarbeit ergab jedoch, dass anstatt neue Märkte zu schaffen, mehr Personen in bestehende Märkte integriert und diese so ausgedehnt werden sollen. Der Subcode ist deshalb für das weitere Vorgehen inhaltlich als *Liberalisierung/Inklusion* erweitert. Hier zeigt sich, dass die Offenheit des iterativen Forschungsprozesses den Bedürfnissen des Materials sowie dem Forschungsinteresse angemessen ist. Für die Hauptkategorie *Feministische Kritik an bestehender Situation* dienen Frasers Kategorien der *representation*, *redistribution* und *recognition* als Subcodes. In der Feincodierung mit den Subkategorien wurden zudem Passagen doppelt zugeordnet, da sich der Inhalt eines Sinnabschnitts nicht immer eindeutig verorten ließ.

Die kategorienbasierte Auswertung ergab, dass mit dem Hauptcode *Träger:in der Transformation* sieben Textsegmente markiert wurden. Diese spielten überwiegend auf die Unternehmen als Akteurinnen an. Dieses Ergebnis überrascht vor dem Hintergrund des Materials wenig, da die WEP in ihrem Untertitel "Equality means Business" (UN Women 2011) bereits den Fokus auf geschäftliche

Transaktionen implizieren. Innerhalb der Unternehmen werden als Akteur:innen für Transformationen vor allem das Management sowie die Recruiter angesprochen:

”[...] implement gender-sensitive recruitment and retention practices and proactively recruit and appoint women to managerial and executive positions and to the corporate board of directors.” (UN Women 2011, 4)

Die Recruiter sollen insbesondere für höhere Positionen Frauen stärker in Betracht ziehen und proaktiv ernennen. Aufgrund der starken Verflechtungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft spielen Partnerschaften zudem eine wichtige Rolle für eine gute Unternehmensumgebung. Es wird deshalb auch die Relevanz von Netzwerken in den WEP erwähnt (UN Women 2011, 3).

Die Hauptkategorie *Nutzen von Geschlechtergleichstellung/Diversity* fasst nur fünf Sinnabschnitte und lässt sich knapp darstellen. Der Vorteil, der sich durch eine Gleichstellung der Geschlechter innerhalb von Unternehmen ergibt, wird als bessere wirtschaftliche Leistung beschrieben:

“Current research demonstrating that gender diversity helps business perform better signals that self interest and common interest can come together.” (UN Women 2011, 3)

Unternehmen, in denen Frauen stärker repräsentiert sind, erzielen bessere Fortschritte und Gewinne. Dadurch würden die Unternehmensinteressen und eine Gemeinwohlorientierung zusammenkommen.

Das Ergebnis der Hauptkategorie *Ziel der Strategien* lässt sich, wie zu Beginn der Analyse vermutet, inhaltlich deutlich vom Nutzen unterscheiden. Hier sind zwölf Abschnitte codiert. Das Ziel der WEP stellt eine Geschlechtergleichstellung über die „inclusion of woman at all levels“ (UN Women 2011, 5) dar, also die vollkommene Inklusion von Frauen in die bereits bestehenden Unternehmens- und Marktstrukturen. Dabei sollen die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt werden:

“Tailor company health and safety policies to serve the distinctive concerns and needs of women and men [...]” (UN Women 2011, 8)

In dem Zitat wird auf die möglicherweise unterschiedlichen Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen von Frauen eingegangen, die von Unternehmen beachtet werden sollen. Dabei wird zusätzlich auch explizit auf die Problematik der Gewalt gegen Frauen verwiesen (UN Women 2011, 7). Ein Ziel der WEP ist neben der Inklusion also auch die Sichtbarmachung von Gewalt gegen Frauen als eine Form der Diskriminierung. Jedoch wird nicht konkret die Beendigung dieses Missstandes angezielt, sondern das öffentliche Bewusstsein soll für die Problematik geschärft werden. Diese Perspektive verortet Diskriminierung und deren Bekämpfung demnach auf einer Bewusstseinssebene.

Der Hauptcode *Feministische Kritik an bestehender Situation* ergab bei der Codierung fünf Markierungen. Bei der Feincodierung fanden alle drei Subcodes Anwendung. Interessant ist hier ins-

besondere die Ebene der *redistribution*. Als problematisch wird an dieser Stelle die überdurchschnittliche Betroffenheit von Frauen von Armut eingeordnet, die 70 Prozent der von Armut Betroffenen weltweit repräsentieren (UN Women 2011, 10). Dabei wird nicht Armut an sich kritisiert, sondern die Verteilung dieser zwischen den Geschlechtern. Die Umverteilung bezieht sich hier also auf die Positionen im bestehenden Armut-Reichtum-Gefälle. Der Aspekt der *representation* wird angesprochen, wenn die Exklusion von Frauen aus der wirtschaftlichen Sphäre kritisiert wird (UN Women 2011, 2; UN Women 2011, 5). Auf der Ebene der *recognition* wird überwiegend die Anerkennung von besonderen Bedürfnissen von Frauen an ihrem Arbeitsplatz gefordert.

Die Hauptkategorie *Neoliberale Strategien & Charakteristika* stellte die mit Abstand am häufigsten verwendete Kategorie im gesamten Codierungsprozess dar. Es wurden insgesamt neunzehn Sinnabschnitte markiert. Die Feincodierung mit den Subcodes ergab anschließend eine deutlich ungleiche Gewichtung der verschiedenen Dimensionen im Material (siehe Anhang 1.1). Der Subcode *Liberalisierung/Inklusion* bewirkte die meisten Markierungen. Das Thema der Inklusion von Frauen als Arbeitskraft in den bestehenden Arbeitsmarkt ist dabei zentral. Frauen werden dabei nicht nur als Arbeitnehmerinnen (UN Women 2011, 6), sondern auch als potenzielle und verfügbare Arbeitskraft gesehen:

“[...] encourage women to enter nontraditional job fields.” (UN Women 2011, 5)

Frauen sollten in Arbeitsbereiche, in denen sie klassischerweise unterrepräsentiert sind, eintreten bzw. dazu ermutigt werden. Es sollen demnach keine neuen Märkte erschlossen, sondern bereits bestehenden Arbeitsmärkte neue Arbeitskräfte zugeführt werden. Bemerkenswert ist das Frauenbild, das sich aus den WEP ergibt. Frauen werden nicht nur als Arbeitskraft oder potenzielle Arbeitskraft beschrieben, sondern zudem auch als Konsumentinnen, Handelspartnerinnen und Schuldnerinnen angesprochen:

“Support gender-sensitive solutions to credit and lending barriers.” (UN Women 2011, 5, H. d. V.)

“Expand business relationships with women-owned enterprises, including small businesses, and women entrepreneurs.” (UN Women 2011, 5, H. d. V.)

“[...] the report highlighted the growing power of women consumers” (UN Women 2011, 10, H. d. V.)

Integration in die wirtschaftliche Sphäre soll nicht nur über den Arbeitsmarkt erreicht werden, sondern Frauen sollen auch vermehrt als Kaufkraft und Unternehmerinnen an der Wirtschaft teilnehmen. Aspekte des Untercodes *Wettbewerb/Markt* ließen sich ebenfalls häufig in den WEP finden. Dieser Subcode korreliert dabei stark mit dem Hauptcode *Nutzen*. Dabei ist die Perspektive prominent, dass es sich für Unternehmen hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit lohnt, Frauen stärker zu integrieren:

“A company assessment at the highest level by a global accounting and consulting firm determined that the company was losing out on business by failing to attract and retain highly skilled female professionals [...]” (UN Women 2011, 6)

Dabei geht es insbesondere darum, hochqualifizierte Fachkräfte für das eigene Unternehmen zu gewinnen, um so die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Auch sollen kleine, von Frauen geführte Unternehmen dabei unterstützt werden “quality supplier” (UN Women 2011, 9) zu werden – und damit gute Partnerinnen in einer Marktbeziehung. Mit dem Subcode *Individualismus* sind vier Stellen im Material markiert. In zwei dieser Abschnitte wird auf Möglichkeiten für Mikrokredite hingewiesen, die insbesondere Frauen im globalen Süden bei dem Aufbau von eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen unterstützen sollen (UN Women 2011, 6-7). Damit wird hier ein Ansatz verfolgt, der nicht auf öffentliche Daseinsvorsorge und politische Verantwortung, sondern individuelle Lösungen setzt. Die Definition von Empowerment in den WEP zeigt deutlich die Perspektive auf soziale Positionierungsmöglichkeiten, die auf die Eigenverantwortung von Individuen abzielt:

“Empowerment means that people - both women and men – can take control over their lives [...] and develop self-reliance.” (UN Women 2011, 11)

Das Individuum wird somit als die primäre Akteur:in in Hinblick auf die Verbesserung der eigenen Lebenssituation genannt. Die Codierung mit der Unterdimension *Flexibilisierung* ergab nur drei markierte Textstellen, die auf eine Anpassung an den Marktmechanismus verweisen. Einerseits wird Kinderbetreuung gefordert (UN Women 2011, 6), um Eltern für den Arbeitsmarkt verfügbar zu halten. Andererseits sollen Frauen für immer mehr Arbeitsmarktbereiche verfügbar sein – über Weiterbildungen sowie den Eintritt in neue Arbeitsfelder (UN Women 2011, 5). Des Weiteren werden flexible Arbeitszeiten und -orte gefordert, sodass eine Anpassung des Arbeitslebens an die Arbeitnehmerinnen ermöglicht wird (UN Women 2011, 4). Mit dem Subcode *Privatisierung* wurde nur ein Abschnitt markiert. Implizit wird hier die Verantwortung für die Daseinsvorsorge nicht auf einer staatlich-öffentlichen Ebene verortet, sondern “the need to support working parents” (UN Women 2011, 6), soll durch die jeweiligen Unternehmen bedient werden. Damit wird der Zugang zu dieser Form der Daseinsvorsorge an den Angestelltenstatus und somit die Position der Eltern auf dem Arbeitsmarkt geknüpft. Für den Untercode *(De-)Regulierung* wurde ebenfalls nur ein Sinnabschnitt in den WEP markiert. An dieser Stelle werden explizit Regulierungen zur Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter gefordert (UN Women 2011, 4). Diese Forderung wirkt der neoliberalen Strategie der Deregulierung scheinbar entgegen. Der Subcode *Freihandel* wurde für die Markierung der WEP nicht verwendet, da Zölle und andere formale Handelshemmnisse in den WEP nicht thematisiert werden.

5.3.4. Diskussion der Ergebnisse und theoretische Einordnung

Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse sollen nun diskutiert und theoretisch rückgebunden werden. Die theoretische Rahmung wird durch die Konzepte von Boltanski und Chiapello (1999), Fraser (2013)

und Ptak (2017) dargestellt. Zuerst wird die Diskussion der Unterfragestellung geführt und anschließend der Frage nach der Aneignung von Kritik anhand der Fallübergreifenden Thesen nachgegangen, um die Studie an die rahmende Arbeit anzuschließen.

5.3.4.1. Die WEP als neoliberales Projekt

Die Fallstudie fragt danach, inwiefern das feministisch gerahmte Empowerment in den *Women's Empowerment Principles* (2011) der UN Women als neoliberales Projekt zu verstehen ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die feministische Kritik in den WEP auf allen drei Ebenen nach Fraser: *recognition*, *representation* und *redistribution* verorten lässt. Dabei werden Aspekte der Anerkennung in Hinblick auf spezifische Bedürfnisse von Frauen an ihren Arbeitsplatz angesprochen. Auf der Ebene der Umverteilung bezieht sich die Kritik insbesondere auf die ungleiche Verteilung und Partizipationschancen der Geschlechter an der Wirtschaft und die dadurch schlechtere ökonomische Situation von Frauen. Eine fehlende Repräsentation von Frauen in der Arbeitswelt wird zudem in Verbindung mit einer schlechten Wettbewerbsposition für das betreffende Unternehmen gebracht. Es lässt sich somit eindeutig Kritik in den WEP finden, die als feministisch verstanden werden kann. Sie richtet sich vor allem gegen ein Ungleichheitsverhältnis hinsichtlich der Teilhabe an der wirtschaftlichen Sphäre. Die Kritik wird zudem an Unternehmen gerichtet, die diese Transformation vorantreiben und gleichzeitig wirtschaftlich von ihr profitieren sollen.

Des Weiteren ließen sich eindeutig neoliberale Strategien in den WEP identifizieren. Vor allem der Markt ist als Bezugspunkt präsent. Frauen sollen über den Arbeitsmarkt, als Kaufkraft, Unternehmerinnen und Schuldnerinnen den bestehenden Märkten zugeführt werden. Die WEP zielen damit auf eine vollständige Inklusion von Frauen in das bestehende wirtschaftliche System ab. Dieses Ziel wird mit der Argumentation untermauert, dass sich durch die Inklusion ein Wettbewerbsvorteil auf dem Markt ergibt. Des Weiteren lassen sich starke Individualisierungstendenzen im Empowermentverständnis der WEP erkennen, welches auf Eigenverantwortung und Selbstoptimierung durch gestärktes Selbstbewusstsein, Resilienz und erweiterte Kompetenzen sowie den ökonomischen Vorteil durch diese Eigenschaften abzielt. Die Ungleichheitsdynamik zwischen den Geschlechtern, die sich beispielsweise durch Diskriminierung am Arbeitsplatz ausdrückt, wird auf der Bewusstseins-ebene verortet und damit ebenfalls individualisiert. Eine Stelle im Material ergab allerdings eine scheinbar gegenläufige Tendenz zum Neoliberalismus: die Forderung nach Quoten zur Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter. Hier ist jedoch anzunehmen, dass es sich um einen neoliberalen Kompromiss handelt, da durch diese Regelungen die Akkumulation nicht direkt betroffen ist (siehe dazu Kapitel 5.2).

Die Frage der Fallstudie lässt sich demnach insofern beantworten, dass die *Women's Empowerment Principles* (2011) der UN Woman einerseits eindeutig feministisch, mit dem Ziel der

Gleichstellung der Geschlechter im bestehenden wirtschaftlichen System, dargestellt werden. Gleichzeitig sind sie als neoliberales Projekt zu verstehen, da die bestehenden ökonomischen Strukturen und Dynamiken nicht in Frage gestellt, sondern sogar weiter befördert und so gestärkt werden. Der in den WEP formulierte Nutzen der Geschlechtergleichstellung als wirtschaftlicher Vorteil zeigt deutlich, dass feministische Forderungen hier auch für den Transport von neoliberaler Programmatik genutzt werden.

5.3.4.2. Aneignung feministischer Strategien

Bezüglich der ersten These der rahmenden Studie, dass nur feministische Kritikpunkte aufgenommen werden, die die bestehenden Akkumulationsmuster verstärken oder nicht gefährden, bestätigt die Analyse der WEP diese Aussage. Tatsächlich lässt sich sogar argumentieren, dass sich das Potenzial der bestehenden neoliberalen Akkumulationsmuster durch die dargestellten Strategien vergrößert. Innerhalb der WEP werden stets die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Ausweitung der bestehenden Märkte durch die vollständige Inklusion von Frauen in die wirtschaftliche Sphäre hervorgehoben. Bestehende *Bewährungsproben* beim Marktzugang werden hier weder in ihrer Existenz, noch in ihrer Beschaffenheit kritisiert. Damit lässt sich die Kritik in den WEP an den bestehenden Zuständen nicht eindeutig als *korrektiv* an der *Bewährungsprobe* Arbeitsmarktzugang verorten. Denn nur teilweise wird eine *Straffung* des Zugangs – wie über eine Quote – gefordert. Vielmehr wird in den WEP eine *Straffung* der Individuen für die *Bewährungsprobe* des Arbeitsmarktzugangs anvisiert: Frauen sollen als kompetente und verfügbare Arbeitskräfte sowie durch weitere Handelsbeziehungen für die bestehenden Akkumulationsmuster verfügbar gemacht werden.

Die zweite These der Arbeit besagt, dass die neoliberale Ungleichheitsideologie durch partielle Aufnahme feministischer Kritik neue Legitimation erfährt. Wie in der Diskussion im vorherigen Kapitel dargelegt, spricht die Kritik in den WEP alle drei Fraser'schen Ebenen feministischer Kritik an. Diese beziehen sich jedoch ausschließlich auf die Umsetzung innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems und die Umverteilung von Marktchancen. Feministische Kritik wird hier somit isoliert von ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang auf die wirtschaftliche Sphäre angewendet. Strukturelle Ursachen von Ungleichheit sowie die Kritik an der Devaluierung von reproduktiver im Vergleich zu sogenannter produktiver Arbeit werden ausgeblendet. Es geht nicht um die ganzheitliche Bekämpfung von Zugangsbarrieren und ungleicher Teilhabe an der Gesellschaft sowie ihren Ressourcen und Produkten – sondern um eine gleichere Verteilung der Geschlechter im bestehenden Ungleichheitsspektrum. Damit beinhalten die WEP eindeutig keine *radikale* Kritik, da die bestehenden Akkumulationsmuster und Ausbeutungsdynamiken nicht ursächlich in Frage gestellt werden. Cornwall nennt diese ökonomisch verwertbare Form von Empowermentstrategien "Empowerment Lite" (2018, 3). Bei dieser Form werden der Autorin zufolge feministische Strategien nur nachgeahmt:

„Empowerment lite does not only sound like the real thing. Its proponents also mimic some of the strategies feminist organizations and movements have used to support women to empower themselves.“ (Cornwall 2018, 6)

Das Zitat beschreibt die Aneignung feministischer Praktiken zu ökonomischen Zwecken. Forderungen und Strategien können so feministisch erscheinen, obwohl sie von ihren emanzipatorischen Inhalten getrennt sind. Aus dieser Diskussion ergibt sich, dass die zweite These für dieses Fallbeispiel bestätigt werden kann. Denn Geschlecht als Ursache für Ungleichheiten anzusehen, ermöglicht bei einer Verringerung oder Abschaffung der Geschlechterungleichheiten eine neue Legitimation für die bestehende, jedoch noch immer von Ungleichheiten geprägte, Situation. Es wird verkannt, dass die neoliberal-kapitalistischen Akkumulationsmuster auf Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung basieren und diese ständig (re)produzieren. Einer emanzipatorischen Kritik, die tatsächlich Ungleichheit bekämpft, wird hier demnach nur scheinbar entsprochen, während bestehende Ungleichheitsdynamiken durch eine neue Rechtfertigung der Gleichstellung der Geschlechter stabilisiert werden.

6. Diskussion der Ergebnisse

Die vorliegende Studie geht der Frage nach, inwiefern sich feministische Kritik der zweiten Welle am *Male-Breadwinner-Model* durch den Neoliberalismus angeeignet wurde. Basierend auf den genutzten Theorien haben wir zwei Thesen formuliert, die nun mithilfe der Ergebnisse der Fallstudien zusammenfassend diskutiert werden sollen. Dabei kann aufgrund der selektiven Fallauswahl nicht verallgemeinert werden, jedoch sollen die Ergebnisse der Fallstudien auf möglicherweise breite Zusammenhänge hinweisen.

6.1. Bestehende Akkumulationsmuster werden verstärkt

Die erste These besagt, dass nur Kritikpunkte aufgenommen werden, die die bestehenden Akkumulationsmuster verstärken oder nicht gefährden. Diese These kann für alle dargestellten Fälle bestätigt werden. Indem die Care-Arbeit in den letzten Jahrzehnten zunehmend kommodifiziert wurde, änderte sich der Verteilungsmodus dieser Arbeit, wodurch direkt das zentrale Akkumulationsmuster im Kapitalismus gestärkt wurde. Hinsichtlich der Frauenquote ließ sich feststellen, dass bestehende Akkumulationsmuster durch die verstärkte Integration von Frauen in Führungspositionen keinesfalls verändert werden. Aufgrund von Argumenten hinsichtlich steigender Produktivität bei der paritätischen Besetzung von Leitungsgremien lässt sich gar darauf schließen, dass die Akkumulation gefördert wird. Im Falle der *Womens Empowerment Principles* lässt sich argumentieren, dass über die geforderte vollständige Inklusion von Frauen in das bestehende wirtschaftliche System, das Akkumulationsmuster durch neue Arbeitskraft und Unternehmerintention ebenfalls verstärkt wird.

Folglich zeigt sich, dass in allen drei Fällen die Umsetzung feministischer Forderungen auf eine Weise gestaltet wurde, die die bestehenden neoliberalen Akkumulationsmuster nicht nur nicht gefährden, sondern sogar verstärken. Fraser zeigt, dass die *radikale* feministische Kritik der zweiten Welle eine ganzheitliche Kritik an der Gesellschaft auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene darstellte. Die Kritik am *Male-Breadwinner-Modell* vereinte dabei die drei Ebenen im Sinne der fehlenden Repräsentation von Frauen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen, der schlechteren ökonomischen Position und der ungleichen Verteilung sowie der Nicht-Anerkennung von reproduktiver Arbeit in einem auf Lohnarbeit fokussierten System. Fraser stellt fest, dass die dreidimensionale Kritik in der Umsetzung aufgespalten und häufig nur auf kultureller Ebene entsprochen wurde (siehe Kapitel 3.3.). Dieser Annahme kann durch die Ergebnisse dieser Arbeit nicht gänzlich zugestimmt werden. Die Fallanalysen zeigen, dass auch Aspekte der ökonomischen Umverteilung in heutigen feministisch gerahmten, neoliberalen Projekten angesprochen werden. Dabei werden allerdings – der neoliberalen Marktlogik entsprechend – vor allem die Umverteilung von *Marktchancen* fokussiert.

Hier zeigt sich im Anschluss an die Ergebnisse der Theorie von Boltanski und Chiapello deutlich, wie sich der Neoliberalismus feministische Kritik aneignet. Während Feminist:innen der 2. Welle mehrheitlich strukturelle und *radikale* Kritik am bestehenden androzentrischen und kapitalistischen System übten, welches im *Male-Breadwinner-Model* seinen Ausdruck fand, wurde die Kritik später auf *korrektive* Weise umgedeutet. Denn sie übten *radikale* Kritik an der *Bewährungsprobe* des Zugangs zur Erwerbsarbeit mit der Absicht, diese abzuschaffen, da in dieser das Primat der produktiven Lohnarbeit verankert war. Durch dieses Primat wurde einerseits zwangsläufig die reproduktive (Care-)Arbeit, ihre Bedeutung und Besonderheiten abgewertet. Andererseits wurde durch die enge Verknüpfung von Geschlecht und Arbeitsform der strukturelle Ausschluss von Frauen aus Entscheidungspositionen begründet. Im Neoliberalismus wurde diese *radikale* Kritik jedoch zu einer *korrektiven* Kritik an den weiblichen Partizipationschancen an der Erwerbsarbeit bzw. am Arbeitsmarkt umgedeutet, sodass lediglich Korrekturen an der *Bewährungsprobe* des Zugangs zur Erwerbsarbeit nötig waren. So wurde die Lohnarbeit und ihre immense Bedeutung für das Akkumulationsmuster im Kapitalismus nicht gefährdet.

In all unseren Fallbeispielen lässt sich diese Umdeutung und Umsetzung *korrektiver* Kritik deutlich nachvollziehen: Die Kommodifizierung von Care-Arbeit dient aus diesem Blickwinkel primär dazu Care-Arbeit von unbezahlten Frauen auf bezahlte Frauen umzuverteilen, sodass Mütter und andere weibliche Pflegende am Arbeitsmarkt partizipieren können. Dies hebt weder die weiterhin enge Verknüpfung von Geschlecht und Care-Arbeit noch die anhaltend strukturelle Abwertung von Care, die sich in akuter Unterfinanzierung und Unterangebot niederschlägt, auf. Die Frauenquote dient als Demonstration eines egalitären Geschlechterverständnisses, welches ebenso eindrücklich

zeigt, dass die strukturellen Ursachen für die unzureichende Repräsentation nicht verstanden und noch weniger gelöst werden sollen. Denn die Quotierungsregelung ist spezifisch auf Leitungspositionen zugeschnitten, weswegen umfängliche Veränderungen von vornherein nicht möglich sind. Das Konzept des Empowerments in den WEP steht schließlich für eine vollständige Individualisierung eines strukturellen Problems, demzufolge sich Frauen nur genug anstrengen müssen, um sich in einem patriarchalen System durchsetzen zu können. Zusätzlich werden sich bei neoliberalen Deutungen des Empowermentkonzepts ursprünglich feministische Strategien (Empowerment als kollektiver Prozess) für eine wirtschaftliche Verwertung (Empowerment als Selbstoptimierung) angeeignet.

Es ist kaum abzustreiten, dass alle drei von uns untersuchten Ansätze tatsächlich die Situation von Frauen, in unterschiedlichem Maße, verbessert haben. Die Kommodifizierung von Care-Arbeit hat Frauen mehr finanzielle Unabhängigkeit und eine erstmalige Entlohnung dieser Arbeit ermöglicht und die Frauenquote hat nachweislich Effekte auf die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen. Das Konzept des Empowerments stärkt die ökonomische Situation und erleichtert den Zugang zum Arbeitsmarkt für einige Frauen. Jedoch verbessern all diese Maßnahmen nur die Chancen *innerhalb* eines bestehenden Systems, welches nach wie vor androzentrisch geprägt und von strukturellen Ungleichheiten durchzogen ist.

6.2. Neue Legitimation für das neoliberale Ungleichheitssystem

Die zweite These dieser Studie besagt, dass die neoliberale Ungleichheitsideologie durch die partielle Aufnahme feministischer Kritik neue Legitimation erfährt. Diese These lässt sich durch die Ergebnisse der Fallanalysen nicht direkt empirisch beantworten, jedoch lassen sich theoretische Argumente aus den Diskussionen der drei Fälle anbringen.

Nach der teilweise umgesetzten, ursprünglich *radikal* formulierten Kritik der zweiten Feminismuswelle am *Male-Breadwinner-Model*, bildete sich die neue Norm des Doppelverdienerhaushalts heraus. Die partielle Umsetzung der Kritik zeigt sich in konkreten, ökonomisch verträglichen Forderungen des gleichen Zugangs von Frauen zum Arbeitsmarkt. Diese stellen die Zentrierung auf Erwerbsarbeit und Devaluierung von Reproduktionsarbeit – und damit die *Bewährungsprobe Arbeitsmarktzugang* – nicht fundamental in Frage, sondern beschränken sich auf *korrektive* Kritik zur *Straf-fung der Bewährungsproben* sowie der Optimierung und Verfügbarmachung von Frauen. Dabei seien mutmaßlich überwiegend die institutionellen Voraussetzungen für eine Gleichstellung der Geschlechter (in Deutschland) erreicht. Mit dieser Argumentation kann die schlechtere gesellschaftliche Position von Frauen an diese zurückgespielt werden. Durch die Kommodifizierung der Care-Arbeit und die teilweise verbesserten Bedingungen für weibliche Erwerbsbeteiligung wurden zudem weitere gesellschaftliche Erwartungen (zusätzlich zu der unbezahlten Reproduktionsarbeit zuhause) an die Frau hinzugefügt. Infolgedessen findet eine „doppelte Vergesellschaftung“ (Becker-Schmidt 2003,

12) der Frau statt. Dadurch werden die weiterhin bestehenden strukturellen Geschlechterungerechtigkeiten verschleiert. Des Weiteren zielt das Empowerment in den WEP auf die gleichere Verteilung von Marktchancen zwischen den Geschlechtern ab, allerdings im bestehenden Armuts-Reichtums-Spektrum. In Hinblick auf die Frauenquote lässt sich an dieser Stelle argumentieren, dass sich durch diese die Ungleichheiten hinsichtlich anderer Stratifizierungsmerkmale wie Klasse und *race* verschieben. Die weiterhin bestehenden und sich verstärkenden Ungleichheiten lassen sich mit einer feministischen Brille, wenn sie nur eine Gleichstellung der Geschlechter fordert, jedoch nicht mehr ausreichend deuten. Dazu passend zeigen empirische Untersuchungen deutlich, dass die Einführung von Frauenquoten nachweislich einen demobilisierenden Effekt auf feministische Bewegungen hat (Krook 2008, 357), also scheinbar die Akzeptanz der bestehenden Situation und damit auch die Legitimität erhöht.

Interessanterweise legitimiert nicht nur die partielle Integration *korrektiver* feministischer Kritik die neoliberale Ungleichheitsideologie, sondern neoliberale Argumente werden auch genutzt, um die Umsetzung liberal-feministischer Maßnahmen zu rechtfertigen. Sei es bei der Einführung einer verbindlichen Frauenquote für Unternehmen (siehe Kapitel 5.2.2.), der Forderung nach einer besseren Geschlechtergleichstellung in Unternehmen allgemein (siehe Kapitel 5.3.3.) oder dem politischen Ziel einer höheren Kinderbetreuungsqualität (siehe Kapitel 5.1.2). All diese Maßnahmen werden direkt oder indirekt mit höheren Wachstumsraten und monetärem Wohlstandsgewinnen beworben. Dies zeigt einerseits, wie umfassend der Neoliberalismus im gesellschaftlichen Denken verankert ist, andererseits, wie kompatibel er mit dem liberalen Feminismus ist.

Durch die partielle Aufnahme feministischer Kritiken und der daraus folgenden gesellschaftlichen Transformationen lassen sich bestehende Ungleichheitsstrukturen schwieriger deuten. Die neoliberale Argumentation, die auf individuelle Verantwortung zielt sowie die gleichere Verteilung der Geschlechter im Armuts-Reichtums-Spektrum, ermöglichen des Weiteren eine legitime Deutung der bestehenden, eklatanten Ungleichheiten. Die (feministische) Kritik kann jedoch Boltanski und Chiappello zufolge wieder an Bedeutung gewinnen, wenn die Transformationen sinnhaft gedeutet und somit erneut zugänglich für Kritik gemacht werden (1999, 78).

Ob abschließend von einer Aneignung von feministischer Kritik durch den Neoliberalismus gesprochen werden kann, bleibt weiter zu klären. In den hier behandelten Fällen kann jedoch mit ausreichender Sicherheit von einer Vereinnahmung gesprochen werden.

7. Fazit

In dieser Arbeit wurde der Frage nachgegangen, inwiefern sich die feministische Kritik am *Male-Breadwinner-Model* durch den Neoliberalismus angeeignet wurde. Um diese Frage zu beantworten,

wurden theoretische Ausführungen zur Aneignung von Kritik durch den Kapitalismus (Boltanski und Chiapello 1999; Boltanski und Chiapello 2001) sowie die Arbeit Nancy Frasers (2013) zur Entwicklung der zweiten feministischen Welle innerhalb des Neoliberalismus herangezogen. Durch die Betrachtung dreier Fallstudien wurde dargelegt, dass die theoretisch vorgebrachten Thesen dieser Arbeit für alle Fälle zu sehr großen Teilen zutreffen.

Die vorliegende Studie zeigt, dass die Kritiktheorie von Boltanski und Chiapello durchaus zur Betrachtung von Dynamiken feministischer Kritiken und gesellschaftlicher Transformationen geeignet ist. Die inhaltlichen Kategorien von Fraser ermöglichten dabei eine inhaltliche Fassung der feministischen Kritik, um eine Aufspaltung dieser zu diagnostizieren. Die Methode der Einzelfallanalysen eignete sich zudem insofern, als sie einerseits die Offenheit für drei sehr unterschiedliche Vorgehen und Ansätze, gleichzeitig aber eine Rahmung durch die theoriegeleiteten Kategorien bot.

Für die drei Fallstudien ergibt sich, dass im Neoliberalismus feministische Argumente und Strategien mit dem Effekt der Stärkung und Legitimierung bestehender Akkumulationsmuster angeeignet werden. Die ursprünglich *radikale* Kritik am *Male-Breadwinner-Model* hat mit der neuen Norm des Doppelverdienerhaushalts einen zentralen Gegenstand und damit auch an Schlagkraft verloren und gleichzeitig für mehr Arbeitskraft im Produktions- und Akkumulationsprozess gesorgt. Das in den drei Fallbeispielen vorherrschende liberale Feminismusverständnis – die Gleichstellung der Geschlechter im bestehenden System – erscheint dabei als Teil des Problems. Es fokussiert sich auf die ökonomische Gleichstellung und missachtet die systemischen Ungleichheitsdynamiken im Kapitalismus. Die Form der Vereinnahmung durch den Neoliberalismus kann zudem nicht für alle feministischen Praktiken und Forderungen angenommen werden. In anknüpfenden Studien sollte der Prüfung des Zusammenhangs zwischen feministischer Kritik und Neoliberalismus weiter nachgegangen werden.

Die hier geleistete Arbeit soll einen empirisch getragenen Hinweis geben, dass es innerhalb des Neoliberalismus Tendenzen zur Lähmung progressiver Bewegungen gibt, welche Transformationen zugunsten marginalisierter Gruppen verhindern. So stärkt sich der Eindruck, dass es sich bei dieser spezifischen Ausgestaltung des Kapitalismus nicht lediglich um eine wirtschaftliche Organisationsform handelt, sondern dass sich hier Tiefenstrukturen und ideologische Grundlagen hinsichtlich einer für richtig befundenen Art der gesellschaftlichen Reproduktion zeigen. Die heute vorherrschende liberal-feministische Fokussierung auf individuelle Freiheiten übersieht oft die Art und Weise, in der systemische Ungleichheiten in Institutionen und Strukturen verankert sind. Eine angemessene, *radikale* und emanzipatorische feministische Kritik müsste sich demnach immer gegen Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse im Allgemeinen richten, quasi unter einer Maxime der Intersektionalität stehen, während ein besonderer Fokus auf Geschlecht und die spezifischen Auswirkungen gelegt wird.

Literatur

Aden-Grossmann, Wilma (2014). Geschichte des Kindergartens. In: Rita Braches-Chyrek/Charlotte Röhner/Heinz Sünker et al. (Hg.). Handbuch Frühe Kindheit. Opladen/Berlin/Toronto, Verlag Barbara Budrich, 231–240.

Araújo, Clara (2003). Quotas for Women in the Brazilian Legislative System. Paper presented at the International IDEA Workshop “The Implementation of Quotas: Latin American Experiences”. Lima, Peru, February 23 – 24.

Auth, Diana (2013). Ökonomisierung der Pflege. Formalisierung und Prekarisierung von Pflegearbeiten. WSI-Mitteilungen 66 (6), 412–422.

Auth, Diana/Rudolph, Clarissa (2017). Care im sozialinvestiven Wohlfahrtsstaat – Mehr Geschlechtergerechtigkeit oder mehr Krise? Einleitung. FEMINA POLITICA – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 26 (2), 9–19.

Auth, Diana (2019). Pflege in Zeiten der Ökonomisierung. Blätter der Wohlfahrtspflege 166 (3), 91–94.

Bargen, Hennig von (2018). Von Welle zu Welle. Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.boell.de/de/2018/07/03/von-welle-zu-welle> (abgerufen am 15.03.2023).

Becker-Schmidt, Regina (2003). Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion. Berlin. gender politik online.

Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2001). Die Rolle der Kritik in der Dynamik des Kapitalismus und der normative Wandel. Berliner Journal für Soziologie (4), 459–477.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (1999). Der neue Geist des Kapitalismus. 1. Aufl. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft.

Bröring, Manfred/Buschmann, Mirja (2012). Atypische Beschäftigungsverhältnisse in ausgewählten Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Frankfurt am Main.

- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2022). Kindertagesbetreuung Kompakt. Ausbaustand und Bedarf 2021. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/kindertagesbetreuung-kompakt-198584>
- Busse, Caspar/Schreiber, Meike/Roßbach, Henrike (2020). Was die neue Frauenquote für Unternehmen bedeutet. Süddeutsche Zeitung vom 24.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frauenquote-vorstand-deutschland-1.5125167> (abgerufen am 15.03.2023).
- Chou, Bih-er/Clark, Cal/Clark, Janet (1990). The Representation of Women. In: Bih-er Chou/Cal Clark/Janet Clark (Hg.). Women in Taiwan Politics. Overcoming Barriers to Womens Participation in a Modernizing Society. Boulder, Lynne Rienner Publishers, 11–30.
- Colberg-Schrader, Hedi (1993). Einrichtungen für Kinder als unverzichtbarer Teil der sozialen Infrastruktur. In: Gerhard Bäcker/Brigitte Stolz-Willig (Hg.). Kind, Beruf, Soziale Sicherung. Zukunftsausgabe des Sozialstaats. Köln, Bund-Verlag, 155–176.
- Comi, Simona/Grasseni, Mara/Origo, Federica/Pagani, Laura (2017). Where Women Make the Difference. The Effects of Corporate Board Gender Quotas on Firms' Performance across Europe. University of Milan Bicocca Department of Economics, Management and Statistics Working Paper 367. <https://doi.org/10.2139/ssrn.3001255>.
- Cornwall, Andrea (2018). Beyond "Empowerment Lite": Women's Empowerment, Neoliberal Development and Global Justice. *Cadernos Pagu* (52), 1-30. <https://doi.org/10.1590/18094449201800520002>.
- Cotter, David A./Hermsen, Joan M./Ovadia, Seth/Vanneman, Reeve (2001). The Glass Ceiling Effect. *Social Forces* 80 (2), 655–681. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/2675593>.
- Crenshaw, Kimberle (1991). Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color. *Stanford Law Review* 43 (6), 1241. <https://doi.org/10.2307/1229039>.
- Dahlerup, Drude (2007). Electoral Gender Quotas: Between Equality of Opportunity and Equality of Result. *Representation* 43 (2), 73–92. <https://doi.org/10.1080/00344890701363227>.

Davidson-Schmich, Louise K. (2006). Implementation of Political Party Gender Quotas. Evidence from the German Länder 1990-2000. *Party Politics* 12 (2), 211–232.
<https://doi.org/10.1177/1354068806061338>.

Dimmelmeier, Andreas/Pürckhauer, Andrea/Shah, Anil (2023). Marxistische Politische Ökonomik. Exploring Economics. Online verfügbar unter <https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/marxismus/> (abgerufen am 15.03.2023).

Dobson, John/Rastad, Mahdi (2018). Women on Boards: EU Board Gender Quotas, and Why the US Should Avoid Them. *Business & Professional Ethics Journal* 37 (1), 1–12. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/45149308>.

Fraser, Nancy (2013). *Fortunes of Feminism. From State-Managed Capitalism to neoliberal crisis.* London/New York, Verso.

Gerdes, Johann (2018). *Arbeitsbedingungen in der Alten- und Krankenpflege. So beurteilen die Beschäftigten die Lage. Ergebnisse einer Sonderauswertung der Repräsentativumfragen zum DGB-Index Gute Arbeit.* Berlin.

Glaeser, Janina/Kerber-Clasen, Stefan (2017). Arbeiten im sozialinvestiven Staat: Die Inwertsetzung der Arbeit in Kitas und in der Kindertagespflege. *FEMINA POLITICA – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 26 (2), 62–74.

Görg, Christoph (2004). Inwertsetzung. In: Wolfgang Fritz Haug (Hg.). *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus.* Hamburg, Argument, 1501–1506.

Hammer, Gerlinde/Kostov, Iskra Heja/Medjedović, Irena (2015). Die „gebrochene“ Professionalisierung der Kinderbetreuung. In: Irene Dingeldey/André Holtrup/Günter Warsewa (Hg.). *Wandel der Governance der Erwerbsarbeit.* Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 301–313.

Hämel, Kerstin (2012). *Öffnung und Engagement. Altenpflegeheime zwischen staatlicher Regulierung, Wettbewerb und zivilgesellschaftlicher Einbettung.* Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

HBS, Hans-Böckler-Stiftung (2011). Mehrheit für die Frauenquote. Düsseldorf. Böckler Impuls 3. Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/pdf/impuls_2011_03_7.pdf.

Herriger, Norbert (2020). Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 6. Aufl. Stuttgart, W. Kohlhammer Verlag.

Hering, Linda/Schmidt, Robert J. (2014). Einzelfallanalyse. In: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden, 529–541.

Hertrampf, Susanne (2023). Frauenbewegung. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/frauenbewegung/35287/ein-tomatengewurf-und-seine-folgen/> (abgerufen am 15.03.2023).

Hobler, Dietmar/Klenner, Christina/Pfahl, Svenja/Sopp, Peter/Wagner, Alexandra (2017). Wer leistet unbezahlte Arbeit? Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich. Aktuelle Auswertungen aus dem WSI GenderDatenPortal. Düsseldorf. WSI-Report.

Hochschild, Arlie R. (2000). Global care chains and emotional surplus value. In: Anthony Giddens/Will Hutton (Hg.). On the edge. Living with global capitalism. London, Jonathan Cape, 130–146.

Holland-Cunz, Barbara (2018). Was ihr zusteht. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/267936/was-ihr-zusteht/> (abgerufen am 15.03.2023).

Holst, Elke/Marquardt, Anne (2018). Die Berufserfahrung in Vollzeit erklärt den Gender Pay Gap bei Führungskräften maßgeblich. DIW Wochenbericht 85 (30/31), 669–678. https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-30-3.

Htun, Mala (2004). Is Gender like Ethnicity? The Political Representation of Identity Groups. *Perspectives on Politics* 2 (3), 439–458. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/3688807>.

Hymowitz, Carol/Schellhardt, Timothy (1986). THE GLASS CEILING: Why women can't seem to break the invisible barrier that blocks them from the top jobs. *Wall Street Journal* vom 1986, 61–63.

IDEA, International Institute for Democracy and Electoral Assistance (2023). Gender Quotas Database. Online verfügbar unter <https://www.idea.int/data-tools/data/gender-quotas/country-overview> (abgerufen am 07.02.2023).

Kirsch, Anja/Wrohlich, Katharina (2021). Aufsichtsratsarbeit vieler Unternehmen profitiert von mehr Geschlechterdiversität. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.). Managerinnen-Barometer. DIW Wochenbericht 3, 36–42.

Köhler, Bettina (2019). Kommodifizierung. In: Jan Brunner/Anna Dobelmann/Sarah Kirst et al. (Hg.). Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Transcript Verlag, 189–196.

Krook, Mona Lena (2008). Quota Laws for Women in Politics: Implications for Feminist Practice. *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 15 (3), 345–368.
<https://doi.org/10.1093/sp/jxn014>.

Krenn, Manfred (2014). Kapitalistische Dynamik und die gesellschaftliche Organisation von Pflege- und Sorgearbeit. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. 5. Jena.

Kreyenfeld, Michaela/Spieß, Katharina C./Wagner, Gert G. (2002). Kinderbetreuungspolitik in Deutschland. Möglichkeiten nachfrageorientierter Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 5 (2), 201–221.

Kuckartz, Udo (2016). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 3. Aufl. Weinheim, Beltz.

Metcalf, Stephen (2017). Neoliberalismus ist die herrschende Ideologie unserer Zeit. Der Freitag vom 21.12.2017. Online verfügbar unter <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/die-idee-die-die-welt-verschlang> (abgerufen am 15.03.2023).

Nadai, Eva (2015). Einleitung: Un/Abhängigkeit, Un/Sicherheit, Emanzipation. Geschlechterverhältnisse im Post-Wohlfahrtsstaat. In: Eva Nadai/Michael Nollert (Hg.). *Geschlechterverhältnisse im Post-Wohlfahrtsstaat*. Weinheim, Beltz, 7–27.

OECD (2001). First Results from the OECD Programme for International Student Assessment (PISA) 2000. Knowledge and Skills for Life. Paris.

Pande, Rohini/Ford, Deanna (2012). Gender Quotas and Female Leadership. Washington, DC: World Bank.

Parnack, Charlotte (2020). Emanzipation: Der Durchbruch. ZEIT ONLINE Arbeit vom 25.11.2020. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2020/49/frauenquote-gleichstellung-konzerne-vorstaende-fuehrungspositionen> (abgerufen am 15.03.2023).

Perrigo, Sarah (1999). Women, Gender and New Labour. In: Gerald Taylor (Hg.). The Impact of New Labour. Palgrave Macmillan, London, 162–176.

Peukert, Ursula (2000). Tagesbetreuung von Kindern. In: Erwin Jordan/Dieter Sengling (Hg.). Kinder- und Jugendhilfe. Einführung in Geschichte und Handlungsfelder, Organisationsformen und gesellschaftliche Problemlagen. Weinheim/München, Juventa-Verlag, 79–104.

Profeta, Paola (2017). Gender Quotas and Efficiency. In: Ifo Institut (Hg.). The Gender Pay Gap. DICE Report 15. München, Ifo Institut, 26–30.

Ptak, Ralf (2017). Grundlagen des Neoliberalismus. In: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak et al. (Hg.). Kritik des Neoliberalismus. 3. Aufl. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13–78.

Schmidt, Roland (1999). Pflege als Aushandlung. Die neuen pflegeökonomischen Steuerungen. In: Thomas Klie/Roland Schmidt (Hg.). Die neue Pflege alter Menschen. Bern/Göttingen, Huber-Verlag, 33–91.

Schroeder, Wolfgang (2017). Altenpflege zwischen Staatsorientierung, Markt und Selbstorganisation. WSI-Mitteilungen 70 (3), 189–196.

Schwenken, Helen/Ullrich, Charlotte (2007). Third Wave Feminism. In: Ulrich Brand/Bettina Lösch/Stefan Thimmel (Hg.). ABC der Alternativen. Von "Ästhetik des Widerstands" bis "Ziviler Ungehorsam". Hamburg, VSA-Verl., 232–233.

Smith, Nina (2018). Gender quotas on boards of directors. IZA World of Labor. <https://doi.org/10.15185/izawol.7.v2>.

Stalinski, Sandra (2018). Der Profit mit der Pflege. Gewinne statt Gemeinwohl. Tagesschau vom 12.12.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/profite-pflege-101.html> (abgerufen am 14.03.2023).

Destatis, Statistisches Bundesamt (2022a). Pflegestatistik. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Deutschlandergebnisse 2021. Wiesbaden.

Destatis, Statistisches Bundesamt (2022b). Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderten Kindertagespflege am 01.03.2022. Wiesbaden.

Destatis, Statistisches Bundesamt (2022c). Erwerbstätigenquote 1991 bis 2021. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/erwerbstaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html> (abgerufen am 13.03.2023).

Träger, Jutta (2009). Familie im Umbruch. Quantitative und qualitative Befunde zur Wahl von Familienmodellen. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Turan, Gueler (2022). Why quotas work for gender equality. OECD. Online verfügbar unter <https://www.oecd.org/gender/quotas-gender-equality.htm> (abgerufen am 11.02.2023).

UN Women (2011). Women's Empowerment Principles. Equality Means Business. 2. Auflage. United Nations. New York.

UN Women (2023). UN Women. We are the global champion for gender equality. Online verfügbar unter <https://www.unwomen.org/en> (abgerufen am 24.02.2023).

Wichterich, Christa (2017). Flexibilisierung von Gender-Normen und neoliberales Empowerment. In: Ilse Lenz/Sabine Evertz/Saida Ressel (Hg.). Geschlecht im flexibilisierten Kapitalismus? Springer VS, Wiesbaden, 159–180.

Anhang

1. Anhang zu: Empowerment als neoliberale Strategie

1.1. Verteilung der Subcodes in der Hauptkategorie *Neoliberale Strategien & Charakteristika* in den WEP

Subcodes der Hauptkategorie <i>Neoliberale Strategien & Charakteristika</i>	Anzahl codierter Segmente
Liberalisierung/Inklusion	14
Wettbewerb/Markt	7
Individualismus	4
Flexibilisierung	3
Privatisierung	1
(De)Regulierung	1
Freihandel	0

(Quelle: eigene Darstellung)

1.2. Themenmatrix der verwendeten Kategorien in den WEP

<p>feministische Kritik an bestehender Situation (irgendwo Grund für Missstände angesprochen oder nur Auswirkung?)</p>	<p>Wer soll die Kritik/Veränderung umsetzen?(Träger:in der Transformation)</p>	<p>Ziel/Gerechtigkeitsverständnis (Kategorie datengesteuert hinzugefügt)</p>	<p>Nutzen von Gender equality / Diversity / Aufnahme feministischer Kritik</p>	<p>neoliberale Strategien: (De)regulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Freihandel)und Individualismus und Wettbewerb/Markt</p>
<p>yet, despite progress, women continue to confront discrimination, marginalization and exclusion, even though equality between men and women stands as a universal international precept—a fundamental and in-violable human right. (S. 2)</p> <p>EXKLUSION DISKRIMINIERUNG MARGINALISIERUNG</p> <p>(RECOGNITION UND REPRESENTATION?)</p>	<p>promoting gender equality in the workplace, marketplace and community. (S. 2)</p> <p>UNTERNEHMEN?</p>	<p>these international standards illuminate our common aspiration for a life where the doors of opportunity are open to all. Where people can live free from violence, exercise legal redress and expect states to live up to their obligations to respect and protect the human rights of women, men and children and provide appropriate government services such as education and health. (S. 2)</p>	<p>economic benefits (S. 6)</p>	<p>affirm high-level support and direct top-level policies for gender equality and human rights. (S. 4)</p> <p>(DE)REGULIERUNG</p>

<p>(S. 4) taking into account differential impacts on women and men, provide safe working conditions and protection from exposure to hazardous materials and disclose potential risks, including to reproductive health.</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ establish a zero-tolerance policy towards all forms of violence at work, including verbal and/or physical abuse and prevent sexual harassment. ■ Strive to offer health insurance or other needed services – including for survivors of domestic violence – and ensure equal access for all employees. ■ Respect women and men workers' rights to time off for medical care and counseling for themselves and their dependents. ■ in consultation with employees, identify and address security issues, including the safety of women traveling to and from work and on company-related business. <ul style="list-style-type: none"> ● train security staff and managers to recognize signs of violence against women and understand laws and company policies on human trafficking, labour and sexual exploitation. <p>RECOGNITION? (of demands and needs?)</p>		<p>While much has been accomplished through the integration of principles and actions on corporate responsibility, diversity and inclusion, the full participation of women throughout the private sector – from the ceo's office to the factory floor to the supply chain – remains unfulfilled. (S. 2-3)</p>	<p>current research demonstrating that gender diversity helps business perform better signals that self interest and common interest can come together. (S. 3)</p>	<p>implement gender-sensitive recruitment and retention practices and proactively recruit and appoint women to managerial and executive positions and to the corporate board of directors. (S. 4)</p> <p>WETTBEWERB/MARKT (Arbeitsmarkt)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN-KLUSION</p> <p>—> Auch Träger-Code (Recruiter)</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>(S. 10)</p> <ul style="list-style-type: none"> ● women represent 70% of the worlds poor ● in developing world land owned by women is less than 2% ● 72% of the worlds refugees are women and children ● every minute a woman dies due to complications during pregnancy and childbirth ● physical violence (sexual harassment, rape, domestic violence) <p>ARMUT (REDISTRIBUTION) RECOGNITION</p>	<p>in a globally interdependent political, social and economic environment, partnerships play an increasingly vital role to: – create a vibrant business environment involving a broad spectrum of actors, collaborators, contributors and innovators to open opportunities for women and men; and</p> <p>- enable the active and interactive participation of governments, international financial institutions, the private sector, investors, non-governmental organizations, academia and professional organizations to work together. (S. 3)</p> <p>PARTNERSHIPS/NETZWERK</p>	<p>in the spirit of partnership, UN Women and the UN global compact offer the Women’s empowerment Principles in the hope that using them as a targeted “gender lens” inspires and intensifies the efforts to bring women in at all levels.</p> <p><i>Equality does mean business. (S. 3)</i></p>		<p>offer flexible work options, leave and re-entry opportunities to positions of equal pay and status. (S. 4)</p> <p>FLEXIBILISIERUNG (Aushandlungsprozess, in dem sich auch nach Marktbedürfnis gerichtet werden muss —> zb Deadlines)</p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>a 2011 report from the international labour organization (ilo) and asian Development bank (aDb) revealed that a gender equality gap in employment rates for women as compared to men cost asia \$47 billion annually – fully 45% of women remained outside the workplace compared to 19% of men. (S. 10)</p> <p>REPRESANTATION/EX-KLUSION</p>	<p>establish company-wide goals and targets for gender equality and include progress as a factor in managers' performance reviews. (S. 4)</p> <p>UNTERNEHMEN/MA-NAGEMENT</p>	<p>ensure that all policies are gender-sensitive – identifying factors that impact women and men differently – and that corporate culture advances equality and inclusion. (S. 4)</p>	<p>investing in women can yield a significant “gender dividend”, according to a 2011 Deloitte report urging the public and private sectors to reap this benefit by investing in women and bringing them into leadership positions. (S. 10)</p>	<p>–invest in workplace policies and programmes that open avenues for advancement of women at all levels and across all business areas, and encourage women to enter nontraditional job fields. –ensure equal access to all company-supported education and training programmes, including literacy classes, vocational and information technology training. – Provide equal opportunities for formal and informal networking and mentoring. (S. 5)</p> <p>FLEXIBILISIERUNG</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN-KLUSION Neue ‚Güter‘ & unleashing potential)</p>
<p>Respect the dignity of women in all marketing and other company materials. (S. 5)</p> <p>REPRESENTATION</p>	<p>engage internal and external stakeholders in the development of company policies, programmes and implementation plans that advance equality. (S. 4)</p> <p>PERSONEN IN UNTERNEHMEN</p>	<p>– Pay equal remuneration, including benefits, for work of equal value and strive to pay a living wage to all women and men. – ensure that workplace policies and practices are free from gender-based discrimination. (S. 4)</p>	<p>in 2007, goldman Sachs reported that different countries and regions of the world could dramatically increase gDP simply by reducing the gap in employment rates between men and women: the eurozone could increase gDP by 13%; Japan by 16%; the US by 9%. (S. 10)</p> <p>GDP STEIGT</p>	<p>expand business relationships with women-owned enterprises, including small businesses, and women entrepreneurs. (S. 5)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN-KLUSION (Frauen als Handelspartnerinnen)</p>

<p>CONCLUSION —> REDISTRIBUTION von Marktchancen durch Inklusion (gender pay gap)</p> <p>REPRESENTATION/IN-KLUSION in Unternehmen, in Konsument:innenstruktur und damit auf dem Markt?</p> <p>REGOGNITION von den ,besonderen‘ Beedürfnissen von Frauen in dieser (patriarchalen) Gesellschaft</p>	<p>ensure that all policies are gender-sensitive – identifying factors that impact women and men differently – and that corporate culture advances equality and inclusion. (S. 4)</p> <p>UNTERNEHMEN</p>	<p>„gender equality“ „women’s leadership“ and „inclusion of woman at all levels“ (S. 5)</p>		<p>Support gender-sensitive solutions to credit and lending barriers. (S. 5)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN-KLUSION (Frauen als Schuldnerinnen)</p>
	<p>ensure that company products, services and facilities are not used for human trafficking and/ or labour or sexual exploitation. (S. 5)</p> <p>UNTERNEHMEN</p>	<p>Promote and recognize women’s leadership in, and contributions to, their communities and ensure sufficient representation of women in any community consultation. (S. 5)</p>	<p>the cost of intimate partner violence in the United States alone exceeds US\$5.8 billion per year: US\$4.1 billion is for direct medical and health care services, while productivity losses account for nearly US\$1.8 billion. (S. 10)</p>	<p>the report highlighted the growing power of women consumers – already controlling roughly US\$20 trillion of total consumer spending globally and influencing up to 80% of buying decisions. (S. 10)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN-KLUSION (Frauen als Konsumentinnen)</p>

	<p>implement gender-sensitive recruitment and retention practices and proactively recruit and appoint women to managerial and executive positions and to the corporate board of directors. (S. 4)</p> <p>UNTERNEHMEN (RECRUITER)</p>	<p>[...] comprehensive approach to women's empowerment through programmes recognizing female employees' accomplishments (S. 6)</p>	<p>CONCLUSION KATEGORIE —> economic benefits auf unternehmerischer und nationaler ebene (Akkumulationsmuster nicht gefährden + stärken)</p>	<p>a company assessment at the highest level by a global accounting and consulting firm determined that the company was losing out on business by failing to attract and retain highly skilled female professionals and, on the basis of these findings, worked to change company culture and policies through leadership and board involvement. (S. 6)</p> <p>WETTBEWERB/MARKT</p>
	<p>CONCLUSION —> insbesondere vor dem Hintergrund, dass die WEP an Unternehmen gerichtet sind, warum Unternehmen als die relevanten Akteur:innen identifiziert werden</p>	<p>in an effort to close gender-based pay gaps, a global insurance group dedicated 1.25 million euros over three years. (S. 6)</p>		<p>to retain and attract more qualified women, an eastern european microfinance group initiated a broad-based data collection and analysis exercise, followed up with recommendations on the treatment of its female employees. (S. 6)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN-KLUSION</p> <p>INDIVIDUALISMUS</p> <p>WETTBEWERB/MARKT</p>

		support diversity and inclusion (S. 6)		<p>Recognizing the need to support working parents, a Kenyan communications company offers free on-site day care and an in-house physician, in addition to comprehensive medical coverage that includes pre- and post-natal care. (S. 6)</p> <p>PRIVATISIERUNG (KOMMODIFIZIERUNG CARE & Bindung an Anstellungsstatus)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION</p> <p>FLEXIBILISIERUNG</p>
				<p>two Spanish companies offer victims of domestic violence job placement services specifically tailored to their needs to ease transition to the workplace. (S. 6)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION (neue Arbeitskräfte?)</p>

		<p>to make the scope of violence against women visible to an international public, a global advertising company partnered with a UN organization to develop a public awareness campaign using television and the internet. (S. 7)</p> <p>PROBLEM AUF BEWUSSTSEINSEBENE (nicht strukturell)</p>		<p>a large european airline company reaches out to youth through education projects to break down the barriers that traditionally limit women to certain jobs in the industry and men to others. (S. 7)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION</p>
		<p>tailor company health and safety policies to serve the distinctive concerns and needs of women and men, including pregnant women, people with hiv/aiDS, people with disabilities and other vulnerable groups and provide the resources to implement them. (S. 8) Unterstützung nur ihm Rahmen des ANGETSELLTSEINS (MARKTPARTIZIPATION)</p>		<p>a large financial services company in australia offers numerous initiatives aimed at supporting women in business, including an online platform to help australian women connect with other women in business internationally to share information, research and career advice. (S. 7)</p> <p>WETTBEWERB/MARKT</p> <p>INDIVIDUALISMUS</p>

		<p>CONCLUSION CODE —> Ziel ist vollkommene Inklusion von Frauen in bestehendes System (Marktpartizipation), dabei Rücksicht auf besondere Gesundheitliche Anforderungen und Sicherheit, Armut/Ungleichheit nur im Sinne der Gender Pay gab (Lohnarbeitsparadigma) angesprochen</p> <p>—> Akkumulationsmuster nicht verändert, sondern durch neue Arbeitskräfte gestärkt (These 1)</p> <p>—> dadruch auch weniger Ungleichheit hinsichtlich des Vergleichskriteriums Geschlecht, aber nicht unbedingt weniger Ungleichheit insgesamt (zu These 2? Situation neu deuten...)</p>		<p>microfinance opportunities (S. 7)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION</p> <p>INDIVIDUALISMUS</p>
				<p>a Swedish manufacturer helps women producers of raw materials in developing countries to trade directly with the manufacturer, thus improving their income by reducing the number of intermediaries in the supply chain. (S. 7)</p> <p>WETTBER- WERB/MARKT</p>

				<p>include company-wide goals for progress towards gender equality in job descriptions and performance reviews. (S. 8)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION</p> <p>WETTBEWERB/MARKT</p>
				<p>Prominently publicize an explicit company statement that prohibits gender-based discrimination in hiring, retention policies, promotion, salaries and benefits.</p> <p>Design recruitment initiatives that reach out to more women. (S. 8)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION</p>
				<p>target women-owned enterprises and help develop their capacity to become quality suppliers. (S. 9)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION,</p> <p>WETTBEWERB/MARKT</p>

				<p>Empowerment empowerment means that people - both women and men – can take control over their lives: set their own agendas, gain skills (or have their own skills and knowledge recognized), increase self-confidence, solve problems, and develop self-reliance. it is both a process and an outcome. (S. 11)</p> <p>INDIVIDUALISMUS,</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION</p>
				<p>Respect the dignity of women in all marketing and other company materials. (S. 5)</p> <p>LIBERALISIERUNG/IN- KLUSION (Konsumentinnen)</p>

(Quelle: eigene Darstellung)

